Nr. 87. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 28. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Oesterreichische Erfolge am Görzer Brückenkopf

Das Ergebnis der Steuerdebatte.

Auch die größten Optimisten werden nicht mehr behaupten wollen, daß bei den im Reichstage gepflogenen Verhandlungen über den Etat und die Steuervorlagen bisher große Gesichtspunkte geltend gemacht wurden. Man debattierte über die neuen Steuervorlagen, durch die die Regierung eine halbe Milliarde neuer Einnahmen schaffen möchte, ohne die Finanzwirtschaft im allgemeinen zu besprechen.

Die Regierung will diese halbe Milliarde haben, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Die erste Frage müßte daher lauten, ob denn dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann? Wir haben den Etatsentwurf für 1916/17 bereits kritisiert und können uns daher hier mit folgenden Feststellungen begnügen: Dieser Etat wird dadurch charakterisiert, daß man die Ausgaben für Heer und Marine — da sie während des Krieges aus den Anleihen gedeckt werden — außer acht läßt, dagegen die für die Verzinsung der Kriegsschuld notwendige Summe eingesetzt hat. Durch die Fortlassung wird die Ausgabensumme um rund 1,7 Milliarden verringert, durch Einsetzung der Schuldenzinsen um rund 2 Milliarden erhöht. Auf der andern Seite werden die Einnahmen nach Maßgabe des letzten Friedensjahres angesetzt. Das Gleichgewicht kann indessen nur hergestellt werden, indem man 480 Millionen Mark als Einnahme auf Grund der Steuervorlagen bucht. Aber dieses Gleichgewicht ist vollkommen fiktiv, denn die Ausgabeposten sind höchst reale Größen, von den Einnahmen dagegen weiß man ganz sicher, daß sie in dieser Höhe unbedingt nicht eingehen werden. Es muß daher ein großer Fehlbetrag sich ergeben, es kann von „Gleichgewicht" keine Rede sein.

Der Herr Schatzsekretär hat in seiner Rede vom 17. März bemerkt: „Der latente Fehlbetrag läßt sich nicht schätzen. Um ihn zu decken, haben wir einen Leertitel eingesetzt, wonach die im Jahre 1916 eingehenden Erträgnisse der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung dieses Fehlbetrages verwendet werden können. Wir hoffen, daß dieser Leertitel sich in einer für die Reichsfinanzverwaltung erfreulichen Weise füllt." — Leider ist uns diese Rechnung nicht ganz klar geworden. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern vermindern sich nicht nur für das Jahr 1916/17, für das der Etat aufgestellt ist, sondern für die gesamte Kriegszeit. Das Finanzjahr 1941/15 hatte neun Kriegsmonate, das Finanzjahr 1915/16 volle zwölf; wie viele das jetzt beginnende haben wird, weiß man noch nicht. Aber auch in der Friedenszeit werden die Einnahmen nicht alsbald reichlich fließen. Es werden zum Beispiel die Zölle unmöglich sofort nach Friedensschluß wieder eingeführt werden können, denn dann würden die Preise auf dem Weltmarkte derart hoch sein, daß es ganz ausgeschlossen ist, den Verbrauchern von Lebensmitteln und Rohstoffen zuzumuten, daß die außer diesen Weltmarktpreisen die Zölle zahlen. Somit wird sich für die drei im Zeichen des Krieges stehenden Finanzjahre ein gewaltiger Fehlbetrag der wirklichen Einnahmen gegenüber den Voranschlägen ergeben müssen; sicher wird es sich dabei um eine zehnstellige Zahl handeln. Der „Leertitel" dagegen kann sicher nicht mit einer solchen Zahl ausgefüllt werden, wenigstens nicht, wenn der Entwurf der Regierung Gesetz wird.

Deshalb scheint uns durchaus unwahrscheinlich, daß das Gleichgewicht zu erreichen ist.

Wohlgemerkt: das Gleichgewicht ist nicht herzustellen in einem Etat, in dem die Hauptausgabe des Reiches, die Ausgabe für Heer und Marine in Höhe von nahezu 1¾ Milliarden gestrichen ist, und in der die Ausgabe für Renten der Kriegsbeschädigten nicht vorgesehen ist.

Das ist um so mehr zu beachten, als die Lage der Reichsfinanzen auch vor dem Kriege überaus kritisch war und deshalb jetzt die Neuordnung der Finanzwirtschaft zu einer Schicksalsfrage geworden ist. Die Volksvertretung, die das auch nur für einen Moment vergißt, tanzt leichtfertig mit geschlossenen Augen über Abgründe hinweg.

Man wird einwenden, daß es ja noch keine allgemeine Etatsberatung war, sondern eben nur eine Beratung über die neuen Steuervorlagen. Aber dadurch, daß man die Einnahmen in etwas vermehrt, gleichviel ob es gute oder schlechte Steuern sind, kommt man dem Ziele einer Reform der gesamten Finanzwirtschaft nicht einen Schritt näher. Im Gegenteil, man kann leicht, indem man den Steuerwirrwarr vermehrt, den Weg zu einer solchen Reform durch neue Hindernisse verrammeln.

Das Ergebnis der Steuerdebatte scheint uns indessen vor allem darin zu bestehen, daß Regierung und bürgerliche Parteien sich von neuem für das bestehende System erklärt haben, für das System, bei dem die Einnahmen des Reiches in der Hauptsache aus indirekten Steuern gedeckt werden. Das scheint uns das Verhängnisvolle.

Daneben hat man im bürgerlichen Lager von neuem allen Ernstes bestritten, daß diese indirekten Steuern die arbeitenden Massen übermäßig belasten.

Nun, als Ferdinand Lassalle in seiner berühmten Rede vor dem Kammergericht zu Berlin im Jahre 1863 diese Tatsache feststellte und deshalb von dem „infamsten Steuersystem" sprach, konnte er sich auf eine lange Reihe von volkswirtschaftlichen Autoritäten berufen, auf die Koryphäen der bürgerlichen Nationalökonomie, die genau so urteilen. Ist das etwa anders geworden? hat die Wissenschaft sich inzwischen zu einem andern Urteil über das System der indirekten Steuern bekehrt? Mit nichten! Allerdings gehen die Herren Professoren heute einer Auseinandersetzung über dieses heikle Thema am liebsten aus dem Wege, weil sie genau wissen, wie aufreizend die Wahrheit wirkt. Aber wo irgendwo ein ernster Gelehrter sich mit der Materie befaßt, kommt er zu Resultaten, die das verdammende Urteil der Smith, Riccardo, Say, Sißnondi, Mill über die indirekten Steuern nur bestätigen.

Da hat z. B. im Jahre 1908 Wilhelm Gerloff eine Monographie veröffentlicht über „Verbrauch und Verbrauchsbelastung der kleineren und mittleren Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts". Er stützte sich auf Haushaltsrechnungen aus denen er ermittelte, wieviel die einzelnen Haushalte absolut und im Verhältnis zu ihrem Einkommen an Verbrauchsabgaben zu entrichten haben. Die ermittelten Zahlen sind insofern nicht ganz einwandfrei, als Haushaltungsrechnungen wirklich „Wohlhabender" nicht zur Verfügung standen, sondern nur solche von Familien mit 4000 bis 6000 M. Einkommen, wobei bei dieser Kategorie das Durchschnittseinkommen nur 4600 bis 4700 M. betrug. Zum Mittelstande rechnete er Familien mit 2000 bis 4000, zu den Wenigbemittelten solche mit 1200 bis 2000, zu den Unbemittelten solche mit 800 bis 1200 und zu den Armen solche unter 800 M. Einkommen. Das Ergebnis der Untersuchung lautete sodann:

„Für Nahrungs- und Genußmittelsteuern insgesamt sind zu entrichten von den Wohlhabenden 1,04 bis 1,48, dem Mittelstande 1,80 bis 2,53, den Wenigbemittelten 2,89 bis 3,98, den Unbemittelten 3,62 bis 5,02 und den Armen 3,64 bis 5,22 Proz. des Einkommens. Die kleinen Leute haben hiernach an Verbrauchssteuern mindestens dreiundeinhalbmal so viel Einkommenprozente als die Wohlhabenden zu entrichten."

Wohlgemerkt: das war vor den „Finanzreformen". Seither sind die indirekten Steuern auf Kaffee, Bier, Tabak gewaltig erhöht worden, die Zündholz- und Leuchtkörpersteuer ist hinzugekommen. Die Belastung gerade der kleinen Einkommen ist dadurch bedeutend gestiegen.

Die ungeheuerliche Belastung der Arbeiterfamilien durch die Kornzölle haben, abgesehen von den sozialdemokratischen Kritikern, Mombert und Roncador nachgewiesen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß nach der einwandfreien Feststellung von Grotjahn die Unterernährung der Arbeitermassen in Deutschland keinem Zweifel unterliegen kann. Sie ist zweifellos durch die systematische Erhöhung der Last indirekter Steuern mit verursacht worden. Schließlich ist zu betonen: seit annähernd fünfzehn Jahren ist eine rapide Erhöhung der Preise aller Gegenstände des unentbehrlichen Massenverbrauches auf dem Weltmarkt eingetreten; wird aber der Lebensunterhalt allgemein durch die Preisbewegung verteuert, so muß die künstliche Verteuerung durch Anziehung der Steuerschraube doppelt und dreifach verderblich wirken.

Allerdings behauptet der Herr Reichsschatzsekretär, es sei nicht beabsichtigt, die Steuern auf Gegenstände des unentbehrlichen Verbrauches zu erhöhen. Leider ist damit wenig geholfen. — Er hat sicher recht mit der Feststellung, noch niemand sei daran gestorben, daß er zu wenig rauchte. Nichtsdestoweniger gehört der Tabak für Millionen zu den unentbehrlichen Gebrauchsmitteln. Er ist ein „Stimulanz", ein Mittel, die Nerven aufzupeitschen und es ist gar kein Zweifel, daß die gewaltigen Arbeitsleistungen, zu denen die Menschen im Zeitalter des Kapitalismus gezwungen sind, ohne solche Reizmittel nicht zu bewältigen sind. — Was die Verkehrssteuern anbetrifft, so kann darüber gar kein Zweifel bestehen, daß sie die Tendenz zur Steigerung der Warenpreise ganz allgemein fördern. Der Staatssekretär rechnet selbst damit, daß die Quittungssteuer mittelbar oder unmittelbar auf die Verbraucher abgewälzt wird. Das gleiche gilt vom Frachtstempel und von der Erhöhung der Postgebühren. Soweit diese Gebühren die Handelsunkosten der Gewerbetreibenden erhöhen, werden sie in die Warenpreise eingerechnet werden, wobei die letzten Verbraucher mit einem Vielfachen des Betrages belastet werden. Es ist bei Verbrauchssteuern so, daß wo die Unternehmer 100 Millionen an den Staat abführen, sie sich 500 Millionen und mehr von den Verbrauchern zurückzahlen lassen.

Deshalb kommt es gar nicht darauf an, ob es „entbehrliche" oder „unentbehrliche" Bedürfnisse sind, die zur Steuer herangezogen werden. Wird der Lebensunterhalt verteuert, so geht die Lebenshaltung zurück, es sei denn, daß es den Arbeitermassen gelingt, durch Erhöhung ihres Einkommens den Ausfall wett zu machen. Das letztere ist aber unter den bestehenden Verhältnissen nur nach schweren Kämpfen möglich. Deshalb ist gerade in der Zeit während des Krieges und bald nach dem Kriege, die Zeit, die uns aller Voraussicht nach schwere wirtschaftliche Krisen bringen wird, die Erhöhung jeglicher indirekten Steuern besonders gefährlich.

Indessen wir wissen genau, daß allen diesen Argumenten die bürgerlichen Parteien sich verschließen werden. Ihnen kommt es darauf an, das bestehende System aufrecht zu erhalten. Deshalb begnügen sie sich damit, ein paar Flicken in Form indirekter Steuern auf das zerschlissene Finanzröcklein zu setzen. Um so notwendiger wäre, daß von sozialdemokratischer Seite die großen Fragen der Finanzpolitik eingehend von der Reichstagstribüne beleuchtet würden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. März 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heute früh beschädigten die Engländer durch eine umfangreiche Sprengung unsere Stellung bei St. Eloi (südlich von Ypern) in einer Ausdehnung von über 100 Metern und fügten der dort stehenden Kompagnie Verluste zu. — In der Gegend nordöstlich und östlich von Vermelles hatten wir im Minenkampf Erfolge und machten Gefangene. Weiter südlich bei La Boisselle (nordöstlich von Albert) hinderten wir schwächere englische Abteilungen durch Feuer am Vorgehen gegen unsere Stellung.

Die Engländer beschossen in den letzten Tagen wieder die Stadt Lens.

In den Argonnen und im Maasgebiet erfuhren die Feuerkämpfe nur vorübergehende Abschwächung.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Gegen die Front unter dem Befehl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg erneuerten die Russen gestern die Angriffe mit besonderer Heftigkeit.

So stießen sie mit im Osten bisher unerhörtem Einsatz an Menschen und Munition gegen die deutschen Linien nordwestlich von Jakobstadt vor; sie erlitten dementsprechende Verluste, ohne irgend welchen Erfolg zu erringen.

Bei Welikoje-Selo (südlich von Widsy) nahmen unsere Vortruppen in einem glücklichen Gefecht den Russen 57 Gefangene ab und erbeuteten 2 Maschinengewehre.

Wiederholte Bemühungen des Feindes gegen unsere Stellungen von Postawy scheiterten völlig.

Nachdem südlich des Narocz-Sees mehrfache starke Angriffe von Teilen dreier russischer Armeekorps abgeschlagen waren, traten westpreußische Regimenter bei Mokrzyce zum Gegenstoß an, um Artilleriebeobachtungsstellen, die beim Zurückbiegen unserer Front am 20. März verloren gegangen waren, zurückzunehmen. Die tapfere Truppe löste ihre Aufgabe in vollem Umfange. Hierbei sowie bei der Abwehr der feindlichen Angriffe wurden 21 Offiziere 2140 Mann gefangen und eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet.

Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe von Dünaburg, Wilejka und die Bahnanlagen der Strecke Baranowitschi—Minsk mit Bomben.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Nichtamtlich. Wien, 27. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart 27. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern wurde an mehreren Stellen der Front heftig gekämpft. Am Görzer Brückenkopfe eroberten unsere Truppen die ganze feindliche Stellung vor dem Nordteile der Podgorahöhen. Hierbei wurden fünfhundertfünfundzwanzig Italiener, darunter dreizehn Offiziere, gefangen genommen. Im Plöckenabschnitt mühte sich der Feind unter Einsatz von Verstärkungen vergebens ab, die ihm entrissenen Gräben wiederzugewinnen. Die Kämpfe nahmen an Ausdehnung zu und dauerten die ganze Nacht fort. An der Tiroler Front fanden nur mäßige Geschützkämpfe statt. Die feindliche Artillerie beschoß Caldonazzo (im Suganatal).

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich von Durazzo wurden zwei italienische Feldgeschütze mit Munition aufgefunden. Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag: Westlich von der Maas war während der Nacht die Beschießung sehr heftig in den Abschnitten von Malancourt Esne und der Höhe 304, ohne Infanterietätigkeit. Oestlich der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig; einige Artillerietätigkeit in der Woevre. Im Priesterwald wurden zwei Handstreiche des Feindes gegen unsere Gräben bei Croix-des-Carmes durch Gewehrfeuer abgeschlagen. Der Feind mußte sich zurückziehen und ließ einige Tote auf dem Gelände zurück. In den Vogesen beschossen wir Verproviantierungskolonnen bei Wattweiler; auf der übrigen Front keine wichtigen Ereignisse. In der Nacht zum 26. März warfen zwei unserer Flieger 16 schwerkalibrige Geschosse auf die feindlichen Biwaks von Nantillois und Montfaucon.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: In den Argonnen verstärktes Feuer auf Verkehrsknotenpunkte. Hinter der feindlichen Front haben wir Zufuhren nördlich von Apremont beschossen. Westlich von der Maas heftiger Geschützkampf, zwischen Dorf und Wald von Malancourt und vor unseren Stellungen zweiter Linie keine Infanterietätigkeit. Oestlich von der Maas und im Woevregebiet zeitweise unterbrochene Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie zeigte sich sehr tätig auf der ganzen Front, besonders in der Gegend von Grimaucourt, wo ein Schuß aus einer unserer Batterien mehrere Explosionen hervorrief, und in der Gegend von Harville, wo wir eine wichtige Zufuhr zersprengt haben. Westlich von Pont-a-Mousson hat ein Schuß aus einem unserer Grabengeschütze, der gegen die Deckungen der Deutschen gerichtet war, ein Lager von Granaten zur Explosion gebracht. Die Bahnhöfe von Vigneues und von Hattonchatel sind von unseren weittragenden Geschützen beschossen worden. In den Vogesen war unsere Artillerie gegen die deutschen Werke im Fechtiale tätig. Heute morgen hat einer unserer Piloten ein deutsches Flugzeug abgeschossen, das dicht vor unseren Linien in der Gegend von Donaumont herabfiel.

Belgischer Bericht: Beiderseitige Artillerietätigkeit an der Yserfront.

Zwei französische Heeresbefehle.

Bei den Kämpfen beiderseits der Maas wurden Armeebefehle der Armeegruppe de Bazelaire erbeutet.

Ein Armeebefehl Nr. 102 vom 16. März lautet:

„Mit Erstaunen habe ich bei verschiedenen Vorschlägen zu Auszeichnungen, die mir unterbreitet wurden, Sätze wie folgenden gelesen:

„Gegenüber einem an Zahl überlegenen Feind" usw. Man zählt den Feind erst, wenn er am Boden liegt; man berechnet ihn nicht, wenn er sich zum Kampfe stellt.

Wie hoch aber auch seine Zahl sei, man weicht nicht zurück; man schlägt den Feind, weil man ihn schlagen will.

Wir alle haben die Hartnäckigkeit der Deutschen festgestellt, die selbst umringt da festhalten, wo sie stehen, und ihre Waffen bis zum Tode gebrauchen und uns dabei oft ernste Verluste beibringen.

Der Franzose muß noch hartnäckiger sein. Wenn jedem dieser Gedanke vollkommen klar ist, wird auf dem Schlachtfelde nichts im Stich gelassen werden als Maschinengewehre, deren ganze Bedienung tot ist. Nur dann wird jeder seine Pflicht erfüllt haben.

Gegeben im Hauptquartier, den 16. März 1916.

Der kommandierende General der Armeegruppe.

gez. de Bazelaire."

Die Pflichttreue des deutschen Soldaten bis zum Tode wird also festgestellt. Wie man trotzdem den wehrlos gewordenen Gegner behandeln soll, wagt derselbe General seinen Truppen in einer besonderen Anweisung vom 12. März in folgender Weise vorzuschreiben:

Gruppe de Bazelaire,
Generalstab. 2. Büro.
Nr. 4004. Hauptquartier, den 12. März 1916.

Besondere Anweisung.

Es ist Tag für Tag festgestellt worden, daß die zurückgeführten Gefangenen mit törichter Milde und sogar mit törichten Aufmerksamkeiten behandelt werden. Eine solche Behandlung zeitigt nur eine noch größere Unverschämtheit unserer Feinde.

Es ist ausdrücklich verboten, den Gefangenen vor ihrer Ankunft im Hauptquartier der Gruppe de Bazelaire Nahrungsmittel, irgend welche Getränke (einschließlich Wasser), Kleider, Kopfbedeckungen, Decken oder Stroh zu geben; ferner ist es jeder Person des Soldatenstandes, die nicht hierzu befugt ist, verboten, die Gefangenen auszufragen, oder an sie das Wort zu richten.

Die Gefangenen müssen unseren Unteroffizieren und Offizieren gegenüber eine mindestens ebenso korrekte und unterwürfige Haltung einnehmen als die, welche von ihnen ihren eigenen Offizieren gegenüber verlangt wird.

Jedes Vergehen in dieser Hinsicht muß sofort rücksichtslos geahndet werden.

Die begleitenden Unteroffiziere oder Gendarmen sind persönlich für die Beobachtung dieser Vorschrift verantwortlich."

Das ist französische Ritterlichkeit! Ihr schamloser Tiefstand sei durch Bekanntgabe dieser Anweisung festgenagelt. W. T. B.

Eine italienische Stimme über Verdun.

Berlin, 27. März. (W. T. B.) „Esercito Italiano" vom 23. März schreibt: Man wundert sich, daß schon ein Monat ohne Entscheidung um Verdun gekämpft wird, vergißt aber, daß ein solcher riesiger fester Platz auch mit stärksten Mitteln nicht in ein bis zwei Monaten genommen wird. Man redet über Artillerieaufwand und Riesenverluste und vergißt die Geschichte der Belagerung von Port Arthur. Man spricht vom „Angriff" auf Verdun, von Aenderungen des deutschen Plans und bemerkt nicht, daß die Deutschen es auf eine Einschließung von Verdun abgesehen haben, um eine große Bresche in die französische Front zu legen. Die französischen und andere Militärkritiker wundern sich, daß Verdun nicht in einem Monat fiel, und sie haben recht, wenn sie an die Ueberraschungen bei den belgischen Festungen denken. Aber eine nüchterne Betrachtung ergibt, daß die Deutschen methodisch und mit größter Tapferkeit und Kriegserfahrung die Belagerung von Verdun einleiten. Freilich ist auch die Verteidigung glänzend organisiert. Wenn es ihr gelingt, die völlige Einschließung zu verhindern, kann sie sich eines ungeheuren Vorteils rühmen. Wenn die Besatzung lange Widerstand zu leisten vermag, kann sich das Feldheer auf den kommenden Vorstoß der deutschen Offensive vorbereiten. Auch die Verbündeten auf den anderen Fronten verdoppeln zu diesem Zwecke ihre Anstrengungen. Als unparteiische Kritiker müssen wir eingestehen, daß die Deutschen es sind, die angreifen, und daß sie den Ring immer enger um Verdun schließen. Ob es ihnen gelingt, ist weder in einer Woche, noch in einem Monat zu sagen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 27. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 26. März. Westfront: Im Abschnitt von Riga beschoß deutsche Artillerie Schlok und den Brückenkopf Uexküll. Im Abschnitt Jakobstadt wurde ein deutscher Angriff längs der Eisenbahn von Mitau von uns durch Feuer abgeschlagen. Lebhaftes Artilleriefeuer wird von mehreren anderen Stellen des Abschnittes gemeldet. Westlich Dünaburg eroberten unsere Truppen einen feindlichen Graben und machten Gefangene. In der Gegend nordwestlich Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See wird weiter erbittert gekämpft. Auf der übrigen Front bis zu den Rokitno-Sümpfen stellenweise heftiger Feuerkampf. Südlich Kapriloiola (15 Kilometer) westlich Dezagno (25 Kilometer nordwestlich Rowno) brach ein feindlicher Angriffsversuch in unserem Infanterie- und Minenfeuer zusammen. Galizien: Der Feind griff unsere Stellungen am Zusammenfluß der Strypa und des Dnjestr an, er wurde aber auch dort durch unser Feuer abgewiesen. Die Meldung in unserem amtlichen Bericht vom 24. März von der Gefangennahme von 18 Offizieren, 1205 deutschen Soldaten durch uns nach dem Angriff und der Einnahme deutscher Gräben wird wie folgt im amtlichen deutschen Bericht wiedergegeben: „Eine weit vorspringende schmale Ausbuchtung unserer Front hart südlich des Narocz-Sees wurde zur Vermeidung umfassenden Feuers einige 100 Meter auf die Höhen bei Blisnikt zurückgenommen."

Kaukasusfront: Am oberen Tschorok stießen unsere Abteilungen vor und warfen die Türken aus Höhenstellungen, die mit mehreren übereinanderliegenden Gräben befestigt waren. In der Gegend südöstlich Bitlis gingen unsere Truppen beträchtlich vor.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. Das andauernde schlechte Wetter störte gestern wieder die Artillerietätigkeit in den höher gelegenen Zonen des Kriegsschauplatzes. Artillerietätigkeit von einiger Bedeutung fand am mittleren Isonzo zwischen Tolmein und Görz, am Karst und gegen feindliche Batterien in der Umgebung von Duino statt. Unsere Infanterie setzte die Befestigungsarbeiten ihrer Stellungen mit Hochdruck fort. Unter dem Schutz des Nebels drang sie an mehreren Stellen in feindliche Linien ein, die sie durch Werfen von Handgranaten beschädigte.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 27. März. (W. T. B.) Meldung der Agentur Milli. Von den verschiedenen Kriegsschauplätzen wird keine wichtige Veränderung der Lage gemeldet.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 26. März. (W. T. B.) Lloyds meldet aus Dover: Der englische Dampfer „Saint Cecilia" ist versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 27. März. (W. T. B.) Reutermeldung. Der britische Dampfer „Minneapolis" der Atlantic Transport Company, 13 543 Bruttotonnen, wurde versenkt. Elf Personen fanden den Tod.

Zur Versenkung des „Sussex".

London, 26. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Drei von den verwundeten Passagieren des Dampfers „Sussex" sind heute im Spital von Dover gestorben. Zwölf andere Passagiere sind schwer verletzt.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Die erste Liste der nach Boulogne zurückgebrachten Passagiere des „Sussex" enthält 174 Namen, und zwar von 31 Franzosen, 44 Engländern, 53 Italienern, 24 Belgiern, 2 Russen, 6 Spaniern, 13 Amerikanern und 1 Chilenen.

Vermißte Amerikaner vom „Sussex".

London, 26. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Es wird bestätigt, daß sich 25 Amerikaner an Bord des Dampfers „Sussex" befanden, wovon noch acht vermißt werden.

Die Reutermeldung über den englischen Luftangriff.

Amsterdam, 26. März. (W. T. B.) Ueber den Angriff auf die deutschen Luftschiffanlagen in Nordschleswig verbreitet Reuter folgende Mitteilung: Englische Wasserflugzeuge griffen vorgestern früh die deutschen Luftschiffhallen in Schleswig-Holstein, östlich der Insel Sylt, auf. Die Wasserflugzeuge wurden zu dem verabredeten Punkte dicht an der deutschen Küste von leichten Kreuzern und Torpedobootszerstörern eskortiert. Drei Wasserflugzeuge werden vermißt. Die Zerstörer „Medusa" und „Laverock" hatten eine Kollision. Es wird befürchtet, daß die „Medusa" infolge des stürmischen Wetters dieser Nacht verloren ist, aber es besteht keine Beunruhigung über das Schicksal der Besatzung. Unsere Zerstörer versenkten zehn bewaffnete deutsche Patrouillenboote. Es ist bisher keine Einzelheit über die Erlebnisse des Angriffs eingegangen, aber aus Meldungen der dänischen Blätter scheint hervorzugehen, daß dieser seine Absicht erfüllt hat.

Eine englische Falschmeldung.

Berlin, 27. März. (W. T. B.) Zu der amtlichen englischen Veröffentlichung über den Fliegerangriff auf die holsteinische Westküste vom 25. März, in der behauptet wird, daß von englischen Torpedobootszerstörern 10 deutsche bewaffnete Patrouillenboote versenkt worden seien, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß diese Behauptung unzutreffend ist. Wie im amtlichen deutschen Bericht gemeldet, sind zwei auf Vorposten befindliche deutsche bewaffnete Fischdampfer verloren gegangen.

Ausfahrt eines holländischen Rettungsschiffes.

Haag, 27. März. (W. T. B.) Das Marinedepartement teilt mit: Der Dampfer „Atlas", der von der Regierung als Rettungsschiff in der Nordsee ausgerüstet wurde, ist heute früh ausgefahren. Das Schiff ist mit drahtloser Telegraphie und allen notwendigen Behelfen zur Hilfeleistung an Schiffen in Seenot und in Schiffbruch ausgestattet, es führt außer der niederländischen Flagge als Kennzeichen seiner besonderen Bestimmung eine Orangeflagge mit grünem Kreuz am Vortopp, während an den beiden Seitenwänden in weißen Lettern die Aufschrift „Rettungsschiff Atlas" angebracht ist. Diese Aufschrift wird nachts beleuchtet werden. Das Schiff wird sich in der Nähe des Nordhinder Leuchtschiffes aufhalten. An Bord befindet sich ein Seeoffizier, der mit der Leitung des Rettungswerkes betraut ist.

Der Rat der Alliierten.

Paris, 27. März. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Heute vormittag wurde im Ministerium des Auswärtigen die erste Zusammenkunft des gemeinsamen Rates der Alliierten abgehalten; es waren vertreten: Italien, England, Rußland, Belgien, Japan, Serbien, Portugal, Frankreich. Die Beratungen werden natürlich geheimgehalten. Immerhin kann mitgeteilt werden, daß die Vertreter bei dieser ersten Sitzung sich hauptsächlich mit den militärischen Mitteln zur Herbeiführung des endgültigen Sieges befassen werden.

Das englische Friedensbuch.

Vor fast 10 Jahren beschloß die Regierung, ein „Kriegsbuch" vorzubereiten, wie es jeder Staat des festländischen Europa besaß — also eine streng vertrauliche Sammlung von Plänen, Verfügungen usw., die für alles das sorgen sollte, was sich wahrscheinlich beim Ausbruch eines Krieges ereignet. In der Tat stellte sich heraus — wie der „New Statesman vom 11. März berichtet, daß das Kriegsbuch während der ersten Wochen des Krieges hervorragend nützlich war.

Am 7. März kündigte Asquith in einer Ansprache an eine Abordnung von Geschäftsleuten an, daß die Regierung hoffe, bevor der Krieg zu Ende sei, etwas ähnliches in der Art eines „Friedensbuches" fertig zu haben, das sich auf Handel und Beschäftigung beziehen werde. Wie die Zeitschrift annimmt, wird dieses englische Friedensbuch auch eine ganze Reihe von Verwaltungsmaßnahmen und Notgesetzen enthalten, die, soweit man dieses voraussehen könnte, bei der Erklärung des Friedens notwendig sein würden. Es ist nur zu hoffen, daß der sehr erfreuliche Entschluß der Regierung dahin zu verstehen sei, daß die Vorbereitung des Friedensbuches sofort begonnen und eilig ohne Verzögerung vollendet werde. Denn der Friedensschluß wird in allen kriegführenden Ländern — nicht zum wenigsten in England — eine Zeit sozialer und industrieller Reibung sowie der Arbeitslosigkeit und des Elends und der wirtschaftlichen und finanziellen Spannung herbeiführen, die in ihren verderblichen Wirkungen nur mit dem Kriege verglichen werden kann.

Unglücklicherweise war das Kriegsbuch, das fast ausschließlich von Soldaten und Seeleuten zusammengestellt wurde, in seinem Stofkreise zu begrenzt. Es bestimmte bis ins einzelne die Entsendung des Expeditionsheeres, aber es beschäftigte sich nicht viel mit der Soldatenfrau. Es beschäftigte sich mit der Heeresversorgung und den Lazaretten, aber weder mit den Finanzen noch mit der Not der bürgerlichen Bevölkerung.

Hoffentlich wird das Friedensbuch in seinem Stofkreise nicht ähnlich beschränkt sein. Es gibt keine Regierungs- und keine Gemeindebehörde, keinen Zweig des gewerblichen und sozialen Lebens und keinen Teil des Landes, der nicht durch das plötzliche Aufhören der Ausgabe von 5 Millionen Pfund Sterling täglich und die Rückkehr von 7 Millionen Arbeitern zu friedlicher Beschäftigung tief beeinflußt werden wird.

Einstweilen hat sich die Regierung offenbar darauf beschränkt, Vorschläge auszudenken, um für die entlassenen Soldaten und Seeleute zu sorgen, ihnen Urlaub und Zulagen zu verschaffen und für sie ein Jahr lang durch Arbeitsnachweise und Arbeitslosen-Versicherung zu sorgen. Ein landwirtschaftlicher Ausschuß hat vorgeschlagen, ein paar Tausend unter den vier Millionen als Kleinsiedler einzusetzen, und berichtet darüber, wie man weitere hunderttausend veranlassen könnte, zu einem glücklichen Lose als landwirtschaftliche Arbeiter zurückzukehren. Noch nichts wurde bisher zur Unterstützung der drei Millionen Männer und Frauen geplant, die jetzt in den Kriegsgewerben tätig sind, obwohl diese, ebenso wie die entlassenen Soldaten, bald nachdem der Friede gesichert ist, auf die Straße geworfen werden. Bei der Zusammenstellung des Friedensbuches könnte auf alle Fälle festgestellt werden, welche dieser beiden Armeen am schnellsten entbehrt werden kann — die Munitionsarbeiter oder die Soldaten. Es wird von einiger Wichtigkeit sein, wer von beiden die erste Gelegenheit erhält, durch die Arbeitsnachweise die Stellungen zu erhalten, die ausgefüllt werden müssen, wenn der Friede kommt.

Die italienische Fraktion.

Lugano, 22. März. (Eig. Ber.)

Nachdem sämtliche bürgerliche Parteien — und vor allem die rabiatesten Feinde des Ministeriums — durch ihre Redner erklärten, sie würden dennoch Salandra und Sonnino unterstützen, gab Genosse Turati im Namen der sozialistischen Fraktion folgende Erklärug ab, indem er sich an den neugebildeten Block aller Parteien wandte:

„Ganz Weniges habe ich zu unserer Abstimmung zu erklären. Unsere Stellung braucht nicht weiter erläutert zu werden. Sie ist genügend bekannt, denn sie ist die einzige in diesem Hause, die sich nicht verändert hat. Fast ist es überflüssig hervorzuheben, was uns von den anderen hier unterschiedet. Sie sorgen schon durch Ihre unaufrichtige Politik, die Ihnen allein gemeinschaftlich ist, dafür, zwischen den anderen Parteien, der Regierung und uns eine Unterscheidungslinie zu ziehen. . . Jedenfalls freuen wir uns, die Diskussion hervorgerufen zu haben. Durch sie wird das Volk in der Zukunft noch besser als in der Vergangenheit mit uns Sozialisten einverstanden sein, in der Feststellung, daß die Lage gar nicht geklärt ist und daß das zweideutige Votum, das Sie im Begriffe sind, abzugeben, zwischen Ihnen und dem Ministerium ein auf Zweideutigkeiten und Heuchelei gegründetes Solidaritätsverhältnis bilden wird. Nach dem Kriegsende werden wir Sozialisten den uns heute unmöglich gemachten Kampf wieder aufnehmen, aber nicht als Bekehrte oder als Besiegte, wie der Abgeordnete Canepa uns hat bezeichnen wollen. Komisch ist es jedenfalls, daß gerade die Reformisten vom Schiffbruche des Sozialismus sprechen. Haben Sie denn alles vergessen? Unsere gemeinsamen Kämpfe und gemeinsamen Kongresse?

Es dünkt uns aber, daß diese Exgenossen sich selbst im Spiegel ansehen, wenn sie vom Zusammenbruch des Sozialismus sprechen. Es ist kein Zusammenbruch unserer Ideologie, daß es der Gewalt gelungen ist, durch den Krieg die Zivilisation zu unterdrücken, was zu verhindern wir nicht stark genug waren. Wir führen aber einen unermüdlichen Kampf, um das Uebel zu begrenzen und um die Erneuerung solcher Gewaltausbrüche für die Zukunft zu verhindern.

Zweifellos hat der Krieg gelehrt, wie unnütz und moralwidrig Kriege sind, die nichts entscheiden, nach denen es weder Sieger noch Besiegte gibt und die zu dem Fortschritt der Nationen nichts beitragen können. Man würde annehmen, daß der Minister Cavasola recht hatte, als er behauptete, daß aus dem Kriege der Wohlstand der Nationen entsteht. Mit ebensoviel Recht könnte behauptet werden, daß aus der Blutarmut Gesundheit entsteht. Der gegenwärtige Krieg hat gelehrt, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt und daß die Anteilnahme anderer Staaten am Kriege nichts entscheidet und daß schließlich alles auf eine Leichenhekatombe ausläuft, auf die Schwächung der Schwachen, auf die Vernichtung der Kleinen.

Wenn einmal der große Wahn sich gelegt haben wird und nur die schrecklichen und unabweisbaren Folgen des Krieges bleiben werden, dann werden alle einsehen, daß der Krieg nur eine furchtbare Menschenschlacht gewesen ist. Aus diesem Grunde können wir uns nicht für die raschen Bekehrungen begeistern und nehmen an, es sei besser, Idioten zu sein, als unsere Ideale zu verraten,

Daß wir recht haben, bestätigt übrigens die Besorgnis, die sich Ihrer bemächtigt, wenn Sie an die Folgen des Krieges denken. Sie verraten diese Besorgnis, indem Sie uns vorwerfen, die traurigen Folgen des Krieges ausnützen zu wollen. Wir wollen nichts ausnützen, sondern wir erschrecken vor den Problemen, die in der Zukunft auftauchen werden und für deren Lösung wir uns nicht gewachsen fühlen. Und es kann schon sein, daß Sie, die uns jetzt so verwünschen, nach dem Kriege zu uns hinüberschauen werden, um den einzigen Anhaltspunkt zu finden zur Regelung dessen, was Sie in blindem Wahn mitgeholfen haben zu zerstören.

In dem, was ich bereits sagte, sind die Gründe vorhanden, aus denen wir gegen das Ministerium Salandra stimmen, in dem Momente, wo Salandra und Sonnino nach Paris gehen. Wir können dieser Reise nicht zustimmen, weil wir nicht wissen, was sie bezweckt und weil wir nicht wissen, was Sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu tun beabsichtigen, weil es sich nicht um die Vereinigung der europäischen Staaten handelt, sondern im Gegenteil um die Teilung Europas in zwei nebenbuhlerische gegnerische Lager. Wir stimmen gegen das Ministerium und würden viermal gegen ein nationales Ministerium stimmen.

Um eine andere Frage noch handelt es sich: um den Frieden. Gewiß wird der Frieden einmal — sei es in sechs Monaten oder in sechs Jahren — kommen. Kein Staat, der zum Vierverband gehört, wird gestärkt aus dem Kriege herauskommen oder in solcher Lage, daß es ihm möglich wäre, die Friedensbedingungen zu diktieren. Im Gegenteil, nur Italien ist nicht vom Feinde besetzt und ist das einzige Land, das nicht auf eigenem Territorium kämpft; England hat zuviel Interessen auf dem Spiel und macht zu gute Geschäfte auf Kosten des fremden Widerstandes, um die Friedensfrage in gerechter Weise zu lösen.

Solange Italien neutral war, wünschten wir ihm die große Ehre, für die Versöhnung der Kriegführenden zu wirken — Italien, das unter den kriegführenden Ländern das einzige ist, das frei von Invasion ist. Warum sollte Italien nicht die weiße Fahne erheben, ohne zu fürchten, sich schwach zu erweisen, in der Ueberzeugung, in anerkennenswertester Weise der Zivilisation zu dienen, und das Ende des gegenwärtigen Mordes zu beschleunigen.

Aber nicht Sie, die der Regierung angehören, die den Krieg gewollt und ihn vorbereitete, nicht Sie werden das Wort des Friedens sagen.

Wir wollen demgemäß nicht Ihre Mitschuldigen sein. Wir wollen unsere klare Stellung aufrechterhalten. Den anderen überlassen wir, in Zweideutigkeiten zu schwelgen. Wir wollen in unserer stolzen Einsamkeit verharren, in der erhabenen Einsamkeit des Kampfes für die Wahrheit, für den Sozialismus, gegen Sie alle. (Anhaltender Beifall bei den Sozialisten. Die ganze Fraktion bringt dem Redner eine andauernde Ovation unter dem Rufe: „Es lebe der Sozialismus!" Bei den anderen Parteien herrscht tiefes Schweigen.) (x)

Entsendung amerikanischer Verstärkungen nach Mexiko.

New York, 27. März. (Durch Funkspruch vom Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.) Entsprechend dem Ansuchen Pershings werden weitere Verstärkungstruppen nach der amerikanischen Grenze abgesandt.

Washington, 27. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. General Pershing meldet: Villa entkam den mexikanischen Truppen bei Mamiquipa und begibt sich nun in das Gebirge. Zwei Abteilungen amerikanischen Kavallerie verfolgen ihn.

Lord Hardinge über Indien und die Nachbarstaaten.

London, 26. März. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Delhi: Im Rate des Vizekönigs wurde die Debatte über das indische Budget heute beendet. Lord Hardinge sagte in einer Rede, die er aus diesem Anlaß hielt, u. a.: Unsere Beziehungen zu Persien sind sehr freundschaftlich. Persien tut sein Aeußerstes, um die feindlichen Banden zu unterdrücken. Unser Verbündeter, der Emir von Afghanistan hat kürzlich noch einmal sein königliches Wort gegeben, strenge Neutralität zu wahren und abgesehen von den Mahsut-Raidern, die alsbald eine drastische Strafe erhalten werden, herrscht im Grenzgebiet vollständige Ruhe. Die innere Lage könnte kaum günstiger sein. Die Loyalität und der Patriotismus Indiens sind über jedes Lob erhoben gewesen. Früher war die größte Expedition, die jemals die Küsten Indiens verließ, 18 000 Mann, aber seit Ausbruch des Krieges hat Indien 800 000 Mann über See geschickt und mehrere Millionen Pfund Sterling sowie Kriegsmaterial zum Kriege beigetragen.

China bleibt Republik.

Berlin, 27. März. (W. T. B.) Bei der hiesigen Chinesischen Gesandtschaft ist folgendes Telegramm vom 24. März eingegangen: In zwei Edikten vom 21. und 22. März erklärt der Präsident der Chinesischen Republik, daß er auf die ihm am 11. Dezember angebotene Kaiserwürde endgültig Verzicht leistet; gleichzeitig wird das Volk aufgefordert, Ruhe zu wahren. Herr Hsüshichang wurde zum Ministerpräsidenten der Republik wiederernannt.

Zuckerknappheit.

Welch ein groteskes Ergebnis! Zu Kriegsbeginn erstickte Deutschland in Zucker. Ein Drittel der deutschen Zuckererzeugung ging bisher ins Ausland, weil der deutsche Zuckerverbrauch und die Entwicklung der zuckerverarbeitenden Industrie in Deutschland durch die hohe Zuckersteuer künstlich gehemmt wird. Das Ausfuhrverbot trieb die Fabrikanten, die einen Preissturz auf dem Inlandsmarkt fürchteten, zu einem Massensturm auf das Reichsamt des Innern. Dr. Delbrück gab dem Drängen nach, und hätte sich nicht die öffentliche Meinung einmütig in den Weg gestellt, so wäre England, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" behauptete, „ohne Schädigung der Interessen des Inlandsbedarfs" auf dem Umweg über neutrale Länder von Deutschland mit Zucker versorgt worden.

Heute ist eine Ausfuhrerlaubnis von Zucker ganz undenkbar. Die Anbaufläche von Zucker ist im Vorjahr um 31,6 Proz. gegen das letzte Friedensjahr zurückgegangen, und ebenso ist das Hektarerträgnis empfindlich gesunken. Der sechste Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges schätzt die Ernte im besten Fall auf 35 Millionen Doppelzentner gegen ungefähr 53 Millionen Doppelzentner im Betriebsjahr 1912/13. Der Rückgang erklärt sich daraus, daß die Kultur der Zuckerrübe tiefes Pflügen und sorgfältige Bearbeitung verlangt, was bei dem Mangel an Dünger, Gespannen und Menschen schwer war. Andere Umstände haben mitgewirkt, die unmöglich als höhere Gewalt gelten können, sondern Versäumnis der Regierung sind. Durch die maßlos hohen Vieh- und Fleischpreise wurden alle Futtermittel kolossal im Preise getrieben. So wurde es für den Landwirt rentabler, Futterrüben und Kartoffeln an Stelle von Zuckerrüben zu bauen, und die geernteten Zuckerrüben trotz ihres geringen Eiweißgehaltes und der nicht unschädlichen Beimischung von Laponin zu verfüttern, statt in der Fabrik abzuliefern. So stehen die schier unerschwinglichen Fleischpreise in einem ursächlichen Zusammenhang mit der jetzigen Zuckerknappheit.

Infolge der Not an Futtermitteln wurde Zucker als Ersatz für Hafer gebraucht. Im Betriebsjahr 1914/15 wurden 9,5 Millionen Zentner verfüttert. Außerdem ist Preßhefe und Spiritus aus ungefähr 1,7 Millionen Doppelzentnern gewonnen worden. Dadurch schmolzen die reichlichen Bestände so arg zusammen, daß sie mit der neuen Ernte zusammen zur Deckung des Bedarfs noch gerade auszureichen schienen.

Aber wie der Augenschein beweist, reichen die Vorräte leider nicht aus — es sei denn, daß Zuckerfabrikanten oder Händler ihre Vorräte aus spekulativen Absichten zurückhalten. Diese Annahme ist wahrscheinlich. Die Zuckervorräte sind sicher nicht so klein, daß eine Zuckerknappheit natürlich wäre noch ehe sechs Monate des neuen Betriebsjahres vorüber sind. Vor einigen Wochen sind die Rohzucker- und Rübenpreise für die nächste Ernte erhöht worden, um die Landwirte durch Verbürgung eines großen Nutzens zum Rübenanbau in großem Umfang zu veranlassen. Das Beispiel verführt. Warum soll dem Zuckerhändler nicht gelingen, was so viele andere Händler mit durchschlagendem Erfolg getan haben: die Regierung durch passive Resistenz zur Erhöhung der Höchstpreise zu bewegen. Und selbst wenn diese Spekulation fehlschlüge, so bliebe den Händlern die Hoffnung, den aufgespeicherten Zucker in das nächste Betriebsjahr zu retten, wo den höheren Rüben- und Rohzuckerpreisen vermutlich auch höhere Preise für Verbrauchszucker entsprechen dürften.

Die Regierung kann diese Treibereien verhindern. Am 1. Januar, 1. Februar, 1. März d. J. erfolgte die Bestandaufnahme von Verbrauchszucker, am 1. Februar 1916 von Rohzucker. Die Regierung kann und muß wissen, wo der Zucker ist und wie groß die Vorräte sind.

Die Regierung hat einiges zur Einschränkung der Zuckerverarbeitung getan. Der Verbrauch von Zucker zur gewerbsmäßigen Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade ist in diesem Jahr auf die Hälfte des Verbrauchs in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 beschränkt worden. Verbrauchszucker darf zu technischen Zwecken nur mit Genehmigung des Reichskanzlers verwendet werden. Ferner wurde verboten, Verbrauchszucker zu verfüttern oder in Brennereien der Maische zuzusetzen. Wie die herrschende Knappheit zeigt, genügen diese Einschränkungen und Verbote nicht.

Leichter noch als Brotgetreide ist Zucker öffentlich zu bewirtschaften. Seine Beschlagnahme ist notwendig. Das Vorbild Oesterreichs und sächsischer Städte, wo Zuckerkarten zur Begrenzung und Sicherung des Verbrauchs eingeführt sind, verdient allgemeine Nachahmung.

Politische Uebersicht.

Die Beratungen der Haushaltskommission.

Die Beratung des Etats in der Haushaltskommission des Reichstages beginnt Dienstag, den 28. dieses Monats, vormittags 11 Uhr. Zunächst steht der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung.

Die „Post" erfährt, daß die Verhandlungen über die U-Boot-Frage im Reichshaushaltsausschuß des Reichstages ganz vertraulich sein werden. Durch die Form der Einladung sei zum Ausdruck gelangt, daß sogar die übrigen Mitglieder des Reichstags als Zuhörer nicht zugelassen werden sollen. (Eine solche „Ausschließung" ist unmöglich, denn sie wäre geschäftsordnungswidrig. Die Red. des „Vorwärts".) Dem Vernehmen nach habe der Reichskanzler Vertrauensmänner der Fraktionen schon vorher zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen.

Die Steuerkommission wird ihre Arbeiten am Mittwoch mit der Beratung der Tabaksteuervorlage beginnen.

Der Schrei nach Verschlechterung der Geschäftsordnung.

Kaum ist die neue Fraktion „Arbeitsgemeinschaft" gegründet worden, so ruft man in der bürgerlichen Presse bereits nach Einschränkung der parlamentarischen Rechte, um der neuen Fraktion möglichst jede Betätigungsmöglichkeit zu nehmen. So schreibt z. B. das frühere Bismarckblatt, die nationalliberalen „Hamburger Nachrichten":

„An den Reichstag wird jetzt die Frage herantreten, ob angesichts solcher Herostratennaturen nicht Schritte ergriffen werden müssen, die dem Präsidenten größere Machtbefugnisse zur Aufrechterhaltung der Geschäftsordnung einräumen. Dem Abgeordneten Haase wurde gestern die schärfste disziplinarische Maßregelung, die das hohe Haus verhängen kann, zuteil. Es wurde ihm das Wort entzogen. Aber damit wird der Schade nicht abgewendet, der durch das unwürdige Verhalten des genannten Abgeordneten verursacht worden ist. In ausländischen gesetzgebenden Körperschaften, besonders im englischen Unterhause, geht die Disziplinarbefugnis des Hauses weiter als im Deutschen Reichstage. . . . Auf die Vorzüge der Geschäftsordnung des englischen Unterhauses hat der Reichskanzler Fürst Bismarck in einer Reichstagsrede am 4. März 1879 hingewiesen. . . . Der Reichstag folgte damals den Vorschlägen des Reichskanzlers nicht. Wir möchten aber annehmen, daß heute nach so skandalösen Vorgängen, die sich angesichts der jetzt vollzogenen Spaltung des linken Flügels im Reichstag leicht wiederholen können, wohl daran erinnert werden darf, daß es Mittel für den Reichstag gibt, die es ihm ermöglichen, nachhaltiger die Würde des Hauses gegen destruktive Elemente wahren zu können."

Der Hinweis auf das englische Parlament ist so unangebracht wie irgend möglich. Denn kaum in irgend einem anderen Parlament wird während des Krieges so unausgesetzte und scharfe Kritik, selbst an der englischen Kriegführung, geübt wie im Unterhause. Die Reden eines Snowden, Trevelyan u. a. fanden dabei nirgends die wüsten Unterbrechungen, die sich gerade sozialdemokratische Abgeordnete am vergangenen Freitag zuschulden kommen ließen.

Ein Zwangsmittel zur militärischen Jugenderziehung.

Im Morgenblatte der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 24. März 1916 findet sich folgende amtliche Anzeige:

Nachstehend wird eine Entschließung des Stellvertr. Generalkommandos des K. I. bayer. Armeekorps zur Kenntnis und Danachachtung mitgeteilt:

Nr. 89342a. München, den 10. März 1916.

Stellvertr. Generalkommando I. b. A.-K.

Bekanntmachung.

Durch G. K. V. vom 10. März 1916 Nr. 89342 erging an sämtliche Ersatztruppenteile des Stellvertr. Generalkommandos I. b. A.-K. nachstehender Befehl:

Bei jeder Rekruteneinstellung ist von jedem Rekruten dienstlich abzuverlangen entweder:

a) Die von der Distriktsverwaltungsbehörde ausgestellte „Bescheinigung" der Teilnahme an der Jugendwehr oder

b) ein von der Gemeindeverwaltung amtlich ausgestelltes, gestempeltes Schriftstück, in dem anzugeben ist, warum der Rekrut vor seiner Einstellung nicht an einer Jugendwehr teilgenommen hat.

Die von den Rekruten einverlangten „Bescheinigungen" und „Schriftstücke" sind sodann gestempelt an die einschlägigen Distriktsverwaltungsbehörden (Bezirksämter und unmittelbaren Magistrate) zurückzusenden, so daß diese einen genauen Einblick in die Verhältnisse bei den Gemeinden erhalten. Die Distriktsverwaltungsbehörden wurden von Vorstehendem verständigt.

Der Kommandierende General:
gez. v. d. Tann.

Hierzu wird im Einverständnis mit dem Stellvertr. Generalkommando K. b. I. A.-K. folgendes bemerkt:

Die vorstehend unter a und b geforderten Schriftstücke sind nur von Rekruten und Freiwilligen im Lebensalter von 16 bis 20 Jahren beizubringen.

Ausgestellt werden

die Bescheinigungen nach a — von derjenigen Jugendwehr, an welcher der Rekrut oder Freiwillige teilgenommen hat, also hiesigen Wehrkraftverein, oder von dem Katholischen Jugendverein, oder von der Jugendkompagnie 22, oder von einer der Landsturmturnerriegen usf.;

die Schriftstücke nach b — von den Rekruten oder Freiwilligen selbst und zwar in einer von ihm eigenhändig zu bestätigenden Niederschrift, worin die Gründe angegeben sind, warum er vor seiner Einstellung nicht an einer Jugendwehr teilgenommen hat.

Sowohl die Bescheinigungen nach a wie auch die Schriftstücke nach b sind sofort nach Empfang des Stellungsbefehles, spätestens am letzten Werktag vor dem Einrückungstermin im Städt. Wehramt, Winzerstraße 68, Zimmer Nr. 9, I. Stock, während der Geschäftsstunden von 9 Uhr vorm. bis 3½ Uhr nachm. zur Abstempelung bringen zu lassen und am Einrückungstage beim Truppenteile persönlich abzuliefern.

Am 23. März 1916.

Magistrat der Kgl. Haupt- und Residenzstadt München.

Diese amtliche Bekanntmachung läßt sich nicht vereinbaren mit den Zusicherungen der Freiwilligkeit, die bisher die Behörden in bezug auf die militärische Ausbildung der Jugend gegeben haben. (x)

Gegen die Jugendwehr.

Unter der Ueberschrift „Die Jugend rührt sich" teilt die „Welt am Montag" nachstehende Resolution mit:

„Die Berliner Freie Studentenschaft" ist entschlossen, gegen die für den Frieden geplante Zwangsjugendwehr anzukämpfen, weil sie in ihr eine schwere Bedrohung jugendlichen Lebens erblickt. Sie verspricht ihren jüngeren Gefährten überall zu helfen, wo der Wille zu freier und aufrechter Lebensführung lebendig ist."

Schaffung einer Reichsfleischstelle.

Amtlich. Berlin, 27. März. (W. T. B.) Zur Sicherstellung des Fleischbedarfs des Heeres und der Marine sowie der Zivilbevölkerung hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom 27. März 1916 die bereits angekündigte Verordnung über die Fleischversorgung erlassen. Danach wird für das gesamte Reichsgebiet die Bildung einer Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch (Reichsfleischstelle) gebildet. Sie hat die Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet und deren Verteilung sowie die Verteilung des aus dem Auslande eingeführten Schlachtviehes und Fleisches zur Aufgabe und ist zu diesem Zweck mit einer Reihe von Machtbefugnissen ausgestattet. Sie bestimmt den Umfang der für die Gemeinde oder den Kommunalverband zuzulassenden gewerblichen Schlachtungen und die Anrechnung der Haus- und Notschlachtungen auf den Anteil; sie regelt den Fleisch- und Fleischwarenversand aus einem Kommunalverband in den eines anderen Bundesstaates. Den Landeszentralbehörden ist die Verpflichtung auferlegt, für rechtzeitige und vollständige Beschaffung des Bedarfs an Schlachttieren zu sorgen. Ist freihändiger Ankauf nicht möglich, so erfolgt die Aufbringung — Notfalls im Zwangswege — durch die Kommunalverbände und Gemeinden. Endlich sind die Gemeinden zur Durchführung einer Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren verpflichtet worden.

Kartoffeln einzige Volksnahrung.

Wien, 26. März. (W. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Bei der gebotenen Schonung der Brotfruchtvorräte sind Kartoffeln vorläufig das einzige Mittel, die Nahrungsbedürfnisse weiter Kreise der Bevölkerung, namentlich der schwer arbeitenden Arbeiterkreise, in zureichenderem Maße befriedigen zu können. Auch die Heeresverwaltung ist bemüht, zur Schonung der Brotfrucht in größerem Umfange Kartoffeln für die Nahrung der Hinterlandformationen und der großen Zahl der Kriegsgefangenen zu verwenden. Die von unseren Truppen besetzten Gebiete in Russisch-Polen verfügen über reiche Kartoffelvorräte, die notgedrungen zum Teil noch ungeborgen bleiben müssen. In intensiverem Maße muß die Aufbringung und der Abzug in der nunmehr angebrochenen Frühjahrsperiode eintreten. Die rascheste Verwertung der Vorräte verspricht eine kaufmännische Organisation mit tatkräftiger Unterstützung der Militärverwaltungsbehörden. Das Ministerium des Innern wird diese Organisation durch eine Einkaufsstelle ins Leben rufen.

Letzte Nachrichten.

Vom U-Bootskrieg.

London, 27. März. (W. T. B.) Lloyds meldet: Der französische Dampfer „Hebe" wurde versenkt. Von der aus achtzehn Mann bestehenden Besatzung wurden zehn gelandet. Der Rest dürfte von einem vorüberfahrenden britischen Dampfer aufgenommen worden sein. — Der britische Dampfer „Arne" wurde versenkt. Die aus sechs Offizieren und siebzehn Mann bestehende Besatzung wurde gelandet. — Der britische Fischtransportdampfer „Khartoum" aus Hull wurde versenkt. Zwei Ueberlebende wurden aufgefischt. Man glaubt, daß der aus neun Mann bestehende Rest der Besatzung ertrunken ist.

Alle Amerikaner der „Sussex" gerettet.

London, 27. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die amerikanische Botschaft teilt mit, daß alle Amerikaner vom Dampfer „Sussex" gerettet wurden, einige seien verwundet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftliche Grenzstreitigkeiten.

Nachdem die Berliner Elektrizitätswerke in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen sind, beanspruchte der Gemeindearbeiterverband die dort beschäftigten Arbeiter aller Kategorien für sich. Der Verband der Maschinisten und Heizer konnte nicht damit einverstanden sein, daß er die durch vieljährige Agitationsarbeit gewonnenen Mitglieder abgeben solle. Die Generalkommission, an die man sich wegen dieser Differenz zwischen den beiden Verbänden wandte, schlug den Abschluß eines Kartellvertrages vor. Der Verband der Maschinisten und Heizer hat daraufhin einen Vertrag entworfen auf der Grundlage, daß ihm die Maschinisten, Heizer und andere ihnen gleichzustellende gelernte Arbeiter verbleiben, während der Gemeindearbeiterverband für die ungelernten Arbeiter zuständig sein soll. Dieser Vertrag soll aber nicht nur für das Berliner Werk, sondern für alle gleichartigen Gemeindebetriebe in Groß-Berlin gelten. Damit ist aber der Gemeindearbeiterverband nicht einverstanden. Er will das Kartell nur auf das Berliner Elektrizitätswerk beschränkt wissen. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen.

•

Die Folgen des Krieges machen sich wie in anderen Berufen auch bei den Maschinisten und Heizern bemerkbar. Durch Einberufungen wurde die Mitgliederzahl verringert, in den Reihen der Vertrauensmänner entstanden Lücken, wodurch die Verbandstätigkeit wesentlich erschwert wurde. Doch von einem Mangel an Arbeitskräften ist nichts zu bemerken, denn die Stellen der zum Heere Einberufenen konnten stets wieder besetzt werden. Hierbei fanden ältere Kollegen, die man in normalen Zeiten nicht mehr eingestellt hätte, wieder Beschäftigung im Beruf. — In verschiedenen Betrieben wurden infolge von Bemühungen der Organisation Teuerungszulagen gewährt, die nicht über 15 Proz. hinausgehen, in vielen Fällen aber geringer sind und somit in keinem Falle eine auch nur annähernde Schadloshaltung für die gesteigerten Lebensmittelpreise bedeuten.

Die Branchenkommission der Metalldreher sagt in ihrem Jahresbericht, den sie in der Mitgliederversammlung erstattete, daß die Arbeitsgelegenheit in letzter Zeit nachgelassen habe. Doch von einer Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfange kann nicht die Rede sein, weil durch Einberufungen zum Heere die Zahl der Arbeiter geringer geworden ist. Die Tätigkeit der Kommission richtete sich in der Hauptsache darauf, den Kollegen eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage zu verschaffen. Zulagen wurden auch in fast allen Betrieben gewährt, allerdings nicht in dem Maße, daß man sagen könnte, die Löhne ständen in richtigem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen. Die Löhne der Metalldreher sind übrigens sehr verschieden. Eine vom Metallarbeiterverbande im November veranstaltete Erhebung zeigt, daß sich die Stundenlöhne in den meisten Fällen auf 1 M. bis 1,20 M. belaufen. In wenigen Fällen wird ein Stundenverdienst bis 1,50 erzielt. Andererseits kommen auch Stundenlöhne unter 1 M. ziemlich häufig vor. Vereinzelt gehen sie sogar bis auf 55 Pf. herab. In der Zeit des flottesten Geschäftsganges sind viele Frauen auf Dreherarbeiten angelernt worden. Für die Frauen eine Lohnerhöhung zu erreichen, ist durch den Indifferentismus der Arbeiterinnen sehr erschwert, ja meist unmöglich geworden. In den Betrieben, wo die Frauenarbeit in größerem Umfange herrscht, mußte man sich auf die Abwehr von Lohnverschlechterungen beschränken. Die Bemühungen, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, sind meistens erfolglos geblieben. So ist es auch in anderen Branchen der Metallindustrie, wo infolge des Krieges die Frauenarbeit eingeführt wurde. Das ergibt sich daraus, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zurückgegangen ist trotz der starken Zunahme der Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Die in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen haben infolge der immer noch fortschreitenden Erhöhung der Lebensmittelpreise in den meisten Betrieben Stellung zur Verbesserung ihrer Verdienste genommen. Es ist auch gelungen, für einen großen Teil Lohnerhöhungen zu erzielen, die den Verhältnissen einigermaßen entsprechen. Sehr schwer ist es, bei der A. E. G. etwas zu erreichen. Hier wurde kürzlich von Schlossern, Drehern, Maschinenarbeitern usw. anstelle einer geforderten Lohnzulage von 20 Pf. pro Stunde nur eine solche von 5 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Und das erst zufolge eines starken Einwirkens. — Die alte Klage über die Leistung erheblicher Ueberstunde kehrte auch in dieser Versammlung wieder. Durch Innehaltung einer angemessenen Arbeitszeit würde es gelingen, die 200 organisierten Maschinenarbeiterinnen, die zurzeit auf dem Arbeitsnachweis als arbeitslos eingeschrieben sind, mit einem Schlage in Arbeit zu bringen.

Die Konjunktur im Rohrlegergewerbe ist, wie in einer Versammlung der Branche zur Sprache kam, zurzeit günstig. Es sind nicht viel Arbeitslose vorhanden, während in anderen Jahren diese Jahreszeit nicht zu den guten zählt. Differenzen waren bei einzelnen Firmen zu verzeichnen, doch konnten sie zur beiderseitigen Befriedigung erledigt werden. Klage wurde noch über solche Berufsangehörige geführt, die unter den üblichen Preis arbeiten. Jeder sollte in der jetzigen Zeit die Löhne hochhalten und seine Arbeitskraft nicht verschleudern.

Die Handwerker und Arbeiter der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten sich in einer Versammlung mit der gegenwärtigen Teuerung und der Lohnfrage. Die gezahlten Löhne reichen bei weitem nicht aus, um auch nur einigermaßen die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Akkordlöhne für gelernte Arbeiter betragen 80 Pf., für ungelernte 70 Pf. pro Stunde. Dazu kommt noch die gewährte Teuerungszulage von 15 Prozent. Einer Kommission, die bei Herrn Oberingenieur Stader vorstellig wurde, um eine Erhöhung der Akkordpreise zu erzielen, wurde mitgeteilt, daß der Herr Oberingenieur nichts dagegen hätte, wenn die Arbeiter mehr verdienen, aber die Preise könne er nicht erhöhen. Er wolle mit den Meistern Rücksprache nehmen, damit demjenigen, der mehr verdient, der Hals nicht abgerissen werde. Als am Tage vor der Versammlung die Einladungen verteilt wurden, ließ Herr Oberingenieur Stader die Kommission rufen und teilte ihr mit, daß außer den 15 Prozent noch 50 Pf. pro Tag Teuerungszulage bewilligt seien. Die Lohnsätze betragen jetzt mit allen Zuschlägen für gelernte 97 Pf., für ungelernte Arbeiter 85 Pf. die Stunde.

In der Diskussion wurde erklärt, daß auch dieser Verdienst nicht ausreichend sei. Die Direktion sei auch bei einem Reingewinn von nahezu 18 Millionen Mark sehr wohl in der Lage, mehr zu zahlen. Das Auftreten des Oberingenieurs Stader der Kommission gegenüber, ebenso die Mißstände im Betriebe und die Behandlung der Arbeiter durch die Meister wurde scharf gerügt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

> Die heute in Frankes Festsälen tagende Versammlung der Handwerker und Arbeiter aus der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn protestieren gegen das Auftreten des Ober-Ingenieurs Stader.
>
> Die Anwesenden verpflichten sich Mann für Mann der Organisation beizutreten, um mit deren Hilfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Deutsches Reich.

Reichsverband der privaten Fürsorgevereine für Kriegsbeschädigte.

Am 24. November 1915 ist ein Reichsverband unter dem vorstehenden langen Namen zur Zusammenfassung der privaten Fürsorgebestrebungen auf diesem Gebiete begründet worden. Da von seiten der Reichsregierung bereits eine Reichsorganisation für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ins Leben gerufen worden ist, in der alle zu dieser Wirksamkeit berufenen Kreise vereinigt werden, so bedeutet die Schaffung eines privaten Reichsverbandes lediglich eine Förderung von Nebenorganisationen, die sich der Einfügung in die öffentliche Fürsorge und der Kontrolle ihres Wirkens zu entziehen trachten. In einer Berliner Tagung vom 24. Januar 1916 wurde den leitenden Kreisen dieser Nebenorganisation auch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, daß für einen solchen Reichsverband kein Bedürfnis bestehe und seine Bestrebungen auf Förderung seitens der offiziellen Reichsorganisation nicht zu rechnen haben.

Der Reichsverband läßt sich durch diesen Mißerfolg seiner Propagandaversammlung nicht abhalten, Mitglieder in Organisationskreisen zu suchen, die der Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Kräfte widmen. Auch die Generalkommission wurde von ihm um Aufschluß ersucht. Sie hat dieses Ersuchen, wie das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" mitteilt, indes mit folgendem Schreiben abgelehnt:

Berlin, den 11. März 1916.

An den
Reichsverband der privaten Fürsorgevereine für Kriegsbeschädigte
E. V.,
Herrn Direktor Kelterborn Göttingen.

Auf die geschätzte Anfrage vom 21. Februar d. J. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sich dem Reichsverband nicht anschließen kann.

Sie ist in den Sonderausschüssen des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge vertreten. Die ihr angegliederten Organisationen, Provinzverbände und Gewerkschaftskartelle gehören den Landes- und Lokalausschüssen der Kriegsbeschädigtenfürsorge an.

So dringend notwendig es ist, alle Kräfte in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu stellen, so notwendig ist es auch, diese Kräfte zu vereinigen. Dies wird am besten durch die am 16. September 1915 errichtete Reichsorganisation, die mittlerweile weiter ausgebaut ist, erreicht. Die Gründung weiterer Organisationen halten wir für eine Zersplitterung der Kräfte, die der Sache nicht dienstlich ist.

Mit aller Hochachtung, ergebenst
C. Legien.

Die Generalkommission veröffentlicht diese Ablehnung, um die Gewerkschaftskreise vor dem Anschluß an diesen Reichsverband zu warnen.

Aus der Partei.

Die Abstimmung in der Leipziger Bezirkskonferenz.

Zu dem in der gestrigen Nummer enthaltenen Bericht über die Leipziger Konferenz wird uns noch ergänzend das genaue Abstimmungsresultat mitgeteilt, das folgendes Ergebnis brachte:

Von 42 Anwesenden stimmten für den Absatz 1 34, dagegen 8, der Abstimmung enthielten sich 5, für Absatz 2 34, dagegen 5, der Abstimmung enthielten sich 3, und für Absatz 3 39, dagegen niemand, der Abstimmung enthielten sich 3.

Die Gesamtabstimmung ergab die Annahme gegen 6 Stimmen.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 26. März, fand in Dessau eine Vorständekonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den ersten anhaltischen Reichstagswahlkreis statt, in welcher die Vorstände sämtlicher Ortsvereine vertreten waren. Nach einer Besprechung der Steuervorlagen der Reichsregierung nahm die Konferenz auch Stellung zur Spaltung der Reichstagsfraktion. Sämtliche Redner verurteilten scharf das Vorgehen Haases und seiner 17 Freunde. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die Vorständekonferenz des ersten anhaltischen Reichstagswahlkreises zu Dessau am 26. März 1916 mißbilligt es auf das entschiedenste, daß während der dem deutschen Reich und Volk vom feindlichen Auslande drohenden Gefahren und angesichts der unserer Partei für die Verteidigung des Vaterlandes und die Interessen der Arbeiterklasse obliegenden großen und dringenden Aufgaben die Einheit der Partei durch die Tätigkeit des Abgeordneten Haase und seiner Anhänger gesprengt worden ist. Sie verurteilt auch die persönlichen Angriffe gegen die Abgeordneten der Fraktionsmehrheit, insbesondere aber die gegen den Abgeordneten des Wahlkreises, Genossen Heine, mit dessen Stellung und parlamentarischer Tätigkeit sie einverstanden ist und dem sie ihr volles Vertrauen ausspricht. — Die Konferenz sieht es als Pflicht jedes deutschen Sozialdemokraten an, auch weiterhin dem Vaterlande in dem gerechten Kampfe um seine Existenz bis zur Erringung eines Friedens, der Deutschlands politische und wirtschaftliche Existenz dauernd sichert, zur Seite zu stehen."

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Deutschen Zündholzfabriken A.-G. in Lauenburg in Pommern steigerten ihren Reingewinn von 252 784 auf 814 602 M. und die Dividende von 8 auf 12 Proz.

Die Linke-Hofmannwerke in Breslau erhöhen ihre Dividende [illegible] 7 auf 17 Proz. Der Reingewinn stieg von 1 173 720 auf 2 836 [illegible] M.

Die Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig verteilt wieder 16 Proz. Dividende.

Die Concordia Spinnerei und Weberei in Bunzlau steigert ihre Dividende von 5 auf 7 Proz.

Ein Orient-Wirtschaftsverband ist unter dem Namen Deutscher Levante-Verband gegründet worden. An der vertraulichen Gründungsversammlung nahmen etwa 100 Vertreter von Handel, Industrie und Banken teil. Nach dem offiziösen Bericht soll der neue Verband „ohne jede Zersplitterung der Kräfte in einem machtvollen Organismus eine Gesamtvertretung des deutschen Handels, der Industrie und Finanz ein praktisches Werkzeug, das in nüchterner, tatkräftiger Arbeit deren Ziele im Orient vertritt und fördert, kurz eine dreifache, direkte Interessenvertretung ohne alles dekorative Beiwerk schaffen."

Deutsches Theater. Direktion: Max Reinhardt.
7½ Uhr: **Macbeth.**
Mittwoch: **Macbeth.**

Kammerspiele.
8 Uhr: **Der eingebildete Kranke.** Hierauf: Ballett.
Mittwoch: **Der eingebildete Kranke.** Hierauf: Ballett.

Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8½ U.: **Fuhrmann Henschel.**
Mittwoch: Doppelselbstmord.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7½ Uhr: **Ein Traumspiel.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Kameraden.**

Berliner Theat.
8 Uhr: **Wenn zwei Hochzeit machen.**

Lessing-Theater.
7½ U.: **Kaiser und Galiläer.**
Mittwoch: **Die gutgeschnittene Ecke.** (Albert Bassermann.)
Donnerstag: **Komödie der Worte.** (Albert Bassermann.)

Deutsch. Künstler-Theater.
8 Uhr: **Die selige Exzellenz.**

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Theater für Dienstag, den 28. März.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Die verkaufte Braut.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
8 Uhr: **Sokrates und Perimutter.**
1. April a. 1. M.: **Der Schlemihl.**

Kleines Theater.
8 Uhr: **Logierbesuch.**

Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein.**

Lustspielhaus.
8¼ Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der Sterngucker.**

Residenz-Theater
8¼ Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Der Ehrenbürger.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Die heitere Residenz.**
Z. 1. M.: **Thalia-Theater.**
8 Uhr: **Blondinchen.**

Theater am Nollendorfpl.
3¼ Uhr: **Julius Cäsar.**
8¼ U.: **Immer feste druff!**

Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.** mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater.
8¼ U.: **Verheiratete Junggesellen.**

Rose-Theater.
8 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**
Morgen: **Ich lasse Dich nicht.**

Walhalla-Theater.
Abends 8 Uhr:
Es gibt nur ein Berlin.
Mittwoch 4 Uhr: **Aschenbrödel.**

Luisen-Theater
8,15 Uhr und Mittwoch, Donnerstag: **Charlotte Klinger.**
Freitag: **Muttersegen.**
Sonnabend 8,15 Uhr z. 1. Male: **Sie weiß etwas.**

WINTER GARTEN
Letzte Woche des März-Spielplans!
Operette Spezialitäten Kino
Frühjahrspreise (wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Faut. 1.-3. Reihe 4.—
" 4.-6. " 3.—
" **Parkett 2,— M.**
Reservierter Platz . . . 1.50
Eintritt . . . . . 1.—
" 0.60

Voigt-Theater.
Badstr 58. Badstr. 58.
Morgen Mittwoch, den 29. März:
Alt-Heidelberg du feine.
Schauspiel mit Gesang in vier Akten von O. Richter.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Admiralspalast
Nur noch diese Woche **Polenhochzeit!**
Großes Eis-Ballett.
½9 Uhr 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Wintergarten
Täglich 8, Sonntags 3½ u. 8 Uhr:
2000 Pfd. schwer. belg. Arbeitspferd **Goliath** i. d. hoh. Schul. ger. v. Botoni.
Elwino in seinen unglaublichen Entfesselungs-Produktionen!
4 **Renellos**, am Luftreck.
Elise Martens, der lebende Pfeiler!
3 **Jainczicks**, Eislaufakrobaten.
Nur noch kurze Zeit:
Das so beispiellos. Erfolg erzielte und noch immer beliebte Mysterienspiel
Ein Wintermärchen.

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
8¼ **Kobis Abenteuer**
Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel und Siegfried Berisch

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 153. Male:
„Die von der Emden."
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr
Neu! Neu!
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit!
Die Vogelscheuche.
Dazu das große Märzprogramm.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Patent.**

Herzog zu Lauenburg
3 Pfg. Cigarette
WILANDE DRESDEN

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist **Franz v. Blon.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 31. März:
Große vaterländische Bismarckfeier
veranstaltet vom Bund für freiwilligen Vaterlandsdienst.

Palast Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr, Sonnt. 3½ u. 8 Uhr
Nur noch 5 Tage
Olga Desmond
B. Mörbitz Lene Land
u. das Riesen-März-Programm
12 erstklassige Nummern 12

Kennen Sie die Wohltat einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Schutt und Boden
kann angefahren werden. **Neubau C. & G. Müller A.-G. Neukölln,** Lahnstraße. Meldung beim Portier.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die Parteipresse zur Fraktionsspaltung.

I.

„Hamburger Echo":

Wir können uns die Haltung der Minderheit darum auch nicht anders erklären, als daß sie nicht begreifen kann, daß in der jetzigen kriegsbedrängten Lage unseres Volkes nicht Opposition um jeden Preis Aufgabe einer Partei sein darf, der es ehrlich darum zu tun ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren, und zwar zunächst der ihres eigenen Landes, die uns doch am nächsten steht. Es ist gegenwärtig das brennendste Interesse auch der deutschen Arbeiterklasse, Deutschland keine Niederlage erleiden zu lassen, weil diese ihr den Boden für ihre eigene Weiterentwickelung entziehen würde. Um die Niederlage zu verhindern, muß auch die Opposition zurückgestellt oder beschränkt und gemildert werden; der Erreichung eines ehrenvollen Friedens dürfen nicht durch unzeitige Opposition Steine in den Weg geworfen werden. Wo berechtigte Kritik zu üben ist, kann es trotzdem geschehen und ist es in sehr energischer Weise geschehen. Wem es nur um das Lärmmachen zu tun ist, der beweist damit nur, daß er die Zeit, in der wir leben, noch immer nicht verstanden hat.

Das ist die mildeste Einschätzung der Motive der Minderheit für ihr parteischädigendes Verhalten. Wenn man die Art ihres Vorgehens im jetzigen entscheidenden Moment betrachtet, so könnte man freilich auf schlimmere Beweggründe schließen. Der Vorgang am Freitag im Reichstag ist ein so hinterlistiger Ueberfall auf die Mehrheit, eine so unerhörte Bloßstellung der Partei vor der ganzen Welt, ohne jede Rücksicht auch auf die Wirkung im feindlichen Ausland, daß er nur eingegeben sein kann von der bewußten Absicht, die Partei zu sprengen, weil die Minderheit im Rahmen der Partei ihren Willen — eben den Minderheitswillen — nicht durchzusetzen vermochte. Weil man der Partei seinen eigenen Willen nicht aufzwingen kann, schickt man sich an, die Partei zu sprengen. Die Minderheit hat unter Führung Haases nicht nur schwersten Disziplinbruch begangen, sondern auch gegen Treu und Glauben gehandelt in einer Weise, die unter Parteigenossen und Kollegen geradezu schimpflich ist.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung":

Ein ernstes Ereignis ist eingetreten, das wir bereits seit längerer Zeit kommen sahen und als fast unvermeidlich betrachteten. In der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags hat sich, nachdem die gestrige Reichstagssitzung ein stürmisches parlamentarisches Gewitter gebracht hatte, in welchem das Auftreten des Abgeordneten Haase beinahe an das Spiel erinnerte, in dem sich Liebknecht gefällt, eine Spaltung vollzogen. Aus der sozialdemokratischen Fraktion sind achtzehn Mann formell ausgetreten, um eine neue Fraktion zu bilden. Die neue Gruppe nennt sich, anscheinend in feiner Selbstverspottung ihrer Absicht, nicht mit anderen zusammen an der Sicherung der Rechte, der Wohlfahrt und der Zukunft der deutschen Arbeiterschaft zu arbeiten, „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft". In der Annahme, daß die Scheidenden von gutem Glauben, aber unheimlich falscher Auffassung der Wirklichkeit, sind und in der Ueberzeugung, daß die Trennung vorläufig unvermeidlich geworden war, lassen wir die achtzehn Männer ziehen mit der Hoffnung, daß einmal der Tag und die Stunde kommen wird, wo sie ihre Irrtümer einsehen und sich wieder zur Gesamtheit bekennen werden. Vor der Hand haben sie mit ihrem Scheiden das Verdienst, daß sie den unleidlichen Zuständen, die in letzter Zeit in der sozialdemokratischen Fraktion herrschten, ein Ende machten, und daß sie auch vor aller Welt die Genossen der Mehrheit von jeder Verantwortlichkeit für das Tun der Minderheit in den Parlamenten befreien.

„Bremer Bürger-Zeitung":

Daß die Opposition den Etat ablehnte, bewies, daß sie gewillt ist, die Politik vom 21. Dezember fortzusetzen. Und wie dort der Genosse Geyer in seiner Erklärung der Zwanzig, so vertrat diesmal Genosse Haase den typischen Zentrumsstandpunkt. Immer noch drängte sich die Berufung auf die günstige militärische Situation hervor. Und es entspricht gewiß nicht der Auffassung des Linksradikalismus, wenn das Streben nach Weltherrschaft als die Ausgeburt „kompletter Narren und gewissenloser Menschen" dargestellt wird. So bleibt auch diesmal bestehen, was die Bremer Resolution des Linksradikalismus über die Aktion der Zwanzig vom 21. Dezember sagt: Als Tat zu begrüßen; in der Begründung kein grundsätzlicher Standpunkt.

Liebknecht und Rühle gaben die bündige Erklärung ab: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Auch das Etatnotgesetz ist als Mittel zur Weiterführung des Krieges anzusehen. . . .

Das Auftreten der Zentrumsopposition hatte die Folge, die sie haben mußte. Die Spaltung der Fraktion ist nunmehr auch formell vollzogen.

„Volkswille" (Hannover):

Jetzt hat zu unserm tiefsten Bedauern auch der Reichstag wieder einmal eine Skandalszene gehabt.

In einer Zeit, in der das deutsche Volk, von zahlreichen und mächtigen Feinden umringt, einen Kampf um sein Dasein, um seine Zukunft führt —, in einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen in den Schützengräben und daheim die Schrecken des Weltkrieges über sich ergehen lassen müssen, das Blut der Besten unseres Volkes in Strömen fließt, um die Daheimgebliebenen vor dem Entsetzlichsten, vor dem Einbruch der feindlichen Horden in das geliebte Vaterland, vor dem Zusammenbruch der durch zähe und opfervolle Arbeit eines Menschenalters errungenen Kulturgüter zu schützen, finden Deutsche, finden sozialdemokratische Abgeordnete den beklagenswerten Mut, im Reichstage eine Szene aufzuführen, wie sie häßlicher nicht auszudenken ist — eine Szene, die aufs neue Wasser auf die Mühlen unserer Feinde leitet, sie in dem Wahne bestärkt, daß jetzt endlich die Einigkeit des deutschen Volkes in die Brüche gehe und damit den Sieg unserer Feinde verbürge.

Dieser ungeheuerliche Vorgang, der für alle Zeiten ein Blatt der Schande in der Geschichte des deutschen Volkes bilden wird, ist auch nicht etwa die spontane Wirkung irgendwelcher parlamentarischer Ereignisse, nein, er war wohlüberlegt, war beabsichtigt.

„Bergische Arbeiterstimme" (Solingen):

Die Mehrheit der Fraktion hatte die Zustimmung zum Notetat ohne politische Debatte beschlossen. Die Minderheit hat sich diesem Beschluß nicht gefügt. Maßgebend scheint ihr gewesen zu sein, daß der Reichstag sich vertagen wollte und ihr eine Vertagung, ohne dem Denken weiter Volkskreise Ausdruck gegeben zu haben, mit ihren Pflichten als Volksvertreter im Widerspruch zu stehen schien. Die Mehrheit der Fraktion hat dann die Minderheit gemaßregelt, worauf diese sich von der Mehrheit trennte und eine provisorische neue Fraktion bildete. Damit ist ein Zustand geschaffen, der erlösend wirkt. Die Minderheit wird nun frei und kann die Reichstagstribüne zu einem Kampffeld für das Sehnen der Volkskreise machen, die hinter ihr stehen, ohne den Zwang der Genossen ertragen zu müssen, die auf dem Boden der Politik der Reichsleitung stehen. Wir betonen, daß wir der festen Ueberzeugung sind, die Einheit der Partei in organisatorischer Beziehung müsse trotzdem aufrechterhalten bleiben, bis die geordnete Vertretung der Partei, der Parteitag, gesprochen hat. Wir stehen mit Herz und Verstand auf dem Boden der Minderheit und bedauern, daß im 20. Kriegsmonat eine solche Zerreißung der Fraktion noch möglich war. Verschiedene Anzeichen ließen uns hoffen, daß die Einheit der Fraktion gewahrt werden könne, und zwar auf dem Boden einer sachlichen Einigkeit in der heißumstrittenen Frage selbst.

Die „Niederrheinische Arbeiterzeitung" (Duisburg) schließt, nachdem sie kurz referierend die Vorgänge dargestellt hat, mit folgender Bemerkung:

Diese Tat ist eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Klärung der verworrenen Situation innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wir begrüßen den Schritt und bedauern nur, daß er nicht schon längst erfolgt ist.

„Bochumer Volksblatt":

Wir sind im Augenblick zu schwer überrascht und zu hart getroffen von den Vorgängen, die sich gestern innerhalb unserer Reichstagsfraktion abgespielt haben, um sofort ausführlich dazu unsere Meinung sagen zu können. Nur das eine können wir sagen, daß wir das Verhalten des Parteivorsitzenden als ein Verbrechen an der Partei und als eine schwere Schädigung der Interessen des deutschen Volkes betrachten. Mit tiefer Trauer sehen wir das Parteischiff im Strudel tanzen, wo es mit sicherer und starker Hand geführt werden sollte zum Segen der Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes. In dem Augenblick, in dem die deutsche sozialdemokratische Partei eine geschichtliche Tat tun könnte, wenn sie einig und geschlossen eine Politik verfolgte, mit der sie die Pläne der Ritter aus Osten und Westen unwirksam machte, in dem Augenblick, wo sie sich zum Herrn der Situation machen und Deutschlands Politik die maßgebende Richtung vorschreiben könnte, muß sie sich selbst zerfleischen, weil der Steuermann den Kopf verliert und die Verwirrung in den eigenen Reihen zum offenen Bruche treibt. Daher blieb der Mehrheit der Fraktion nichts weiter übrig, als auch Haase und seinen engeren Freunden gegenüber den gleichen, diesmal aber ungleich folgenschwereren Schritt zu tun, den sie schon Liebknecht gegenüber getan hat. Wollte sie noch etwas retten, wollte sie sich nicht selber mit in das Verderben reißen lassen, dem Haase und Genossen entgegentreiben, dann blieb ihr nur noch dieser letzte Schritt.

„Elberfelder Freie Presse":

Wir haben die vorjährige Etatsbewilligung verurteilt, wir verurteilen noch schärfer die jetzige zum Notetat und die bevorstehende zum Gesamtetat. Wer die Verhältnisse mit sozialdemokratischen Augen betrachtet, wird uns recht geben. Darin teilen wir den Standpunkt der Minderheit vollständig und wir bedauern, daß die Mehrheit hier wiederum versagt hat, ihre Meinung im Plenum des Reichstages kundzutun.

Es ist nun die Frage zu untersuchen, ob es richtiger und besser war, nun noch die Disziplin zu halten, nachdem wiederum der starken Minderheit die Möglichkeit der Meinungsäußerung nach außen hin versagt worden war. Aber gerade das ist, ohne Anhörung aller Beteiligten, am schwersten zu entscheiden. Wir sind einstweilen der Meinung, daß auch jetzt noch zurückgestanden werden konnte, bis der Hauptetat herankam. Aber wir achten die Gründe der Minderheitsgenossen zu sehr, als daß wir endgültig absprechend urteilen wollten, ehe wir alle Gründe kennen. Ein dunkler Punkt ist dann noch: daß von der Absicht der Minderheit, im Plenum trotz der Weigerung der Mehrheit das Wort zu nehmen, in der Fraktion keine Mitteilung gemacht wurde. Fürchtete man, daß die Mehrheit dies durch das Mittel der Wortentziehung oder des Schlußantrages vereiteln würde? Ist das der Fall, so ist man doch wohl zu weit gegangen, denn nur etwa ein Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter hat sich zu dem Unerhörten verstiegen, einem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion im Plenum das Wort abzuschneiden. Die anderen taten das nicht und bewiesen, daß mit ihnen doch wohl der Versuch eines Zusammenwirkens gemacht werden konnte und mußte. Mit denen allerdings, die für die Wortentziehung stimmten, ist ein Zusammenarbeiten der Minderheit kaum mehr möglich. Das sagen wir offen. Daß Haase das Wort ergriffen hat, billigen wir. Daß er es nicht vorher ankündigte, war falsch. Aber gibt dies nun der Mehrheit das Recht, in ihrer Erklärung von Treubruch zu reden? Wir meinen, die Rollen sind da gleichmäßig verteilt. Die Kaltstellung der Minderheit in den wichtigsten politischen Fragen ist dann auch ein Treubruch! Und es ist ferner ein Treubruch, um nicht zu sagen, stärkste Demagogie, wenn Genosse Scheidemann in der öffentlichen Verhandlung dem Genossen Haase die Erklärung vom 4. August vorwirft, die abzugeben Haase direkt gezwungen worden ist.

Bei dieser Sachlage stellt es sich als eine verhängnisvolle Ueberstürzung, ein grober Fehler der Mehrheit heraus, der Minderheit der 18 Genossen sozusagen die sozialdemokratischen Ehrenrechte zu nehmen. Das allerdings konnten sich die 18 Genossen nicht gefallen lassen. Damit sind sie geradezu hinausgetrieben worden aus dem Fraktionsverbande. Selbst wer ihnen aus ihrem selbständigen Vorgehen im Plenum einen Vorwurf macht, kann nicht billigen, daß nun die Mehrheit ihre Macht ausnutzt, um sie völlig mundtot zu machen und sie direkt zu knebeln. Die Urheberschaft der Spaltung ist danach völlig klar. Wir müssen der Mehrheit den bitteren Vorwurf machen, sie nicht vermieden zu haben, wo sie gewiß zu vermeiden war.

„Essener Arbeiter-Zeitung":

Wir waren uns klar darüber, daß eine Ausschaltung der Minderheit von wichtigen Debatten im Plenum des Reichstags, wie das wieder angedeutet wurde durch die Bestellung der Genossen Ebert und Scheidemann als Redner für die politische Debatte der nächsten Tage, zur Verschärfung der Spannung zwischen Mehrheit und Minderheit führen müsse. Daß diese Spannung so rasch zu einer Spaltung in der Fraktion führte, kommt trotzdem überraschend. Natürlich konnte niemand den Zwanzig zumuten, für den Notetat zu stimmen, niemand ihnen verbieten, dagegen zu stimmen. Zu einem solchen Gewissenszwang hat die Fraktion kein Recht. Die Mehrheit der Fraktion hat auch kein Recht, die Auffassung der Minderheit, die einen großen, wenn nicht den größten Teil der Genossen im Lande hinter sich hat, in den wichtigsten Fragen, die Genosse Haase gestern behandelt hat, von der Veröffentlichung im Plenum auszuschließen. Was ein gewaltiger Teil der Genossen des Volkes denkt, soll im Reichstag keine Stätte finden?

Bedenklich erscheint uns nur die Tatsache, daß die 18 Genossen in der Fraktion von der beabsichtigten Rede des Genossen Haase keine Mitteilung gemacht haben und so der Mehrheit die Möglichkeit gegeben haben, von einem „Ueberfall", von einem „Treubruch" zu reden. Dabei muß aber folgendes berücksichtigt werden: Wäre in der Fraktion oder im Seniorenkonvent Mitteilung von der Rede Haases gemacht worden, so hätte man wohl Mittel und Wege gefunden, den Genossen Haase überhaupt am Reden zu verhindern. Wir glauben, daß diese Befürchtung Ursache davon war, daß die sonst selbstverständliche Mitteilung in Fraktion und Seniorenkonvent nicht erfolgte. . . .

Für die Partei braucht nach unserer Auffassung die neue Fraktionsspaltung ebensowenig eine Spaltungsgefahr zu bedeuten, wie die Vorgänge im Dezember. Die Genossen, die auf dem Standpunkt der Minderheit stehen, wollen mit verschwindenden Ausnahmen eine solche Spaltung nicht, sie werden ihr durch Kräftigung der Organisation entgegenarbeiten. Haben sie doch nun die Gewähr — dank des unberechtigten Beschlusses der Fraktionsmehrheit —, daß im Reichstag auch so gesprochen wird, wie es ihrer Auffassung entspricht.

„Hallesches Volksblatt":

Nun ist die Trennung da! Das Ausscheiden der Genossen Liebknecht und Rühle aus der Fraktion konnte man als kleine Absplitterung hingehen lassen, die nunmehrigen Vorgänge sind jedoch die Spaltung der Fraktion. Sie ist ganz folgerichtig gekommen. Nachdem die Fraktionsmehrheit trotz der veränderten Kriegslage, trotz der Haltung der Kriegsleitung, der Regierung und der bürgerlichen Parteien die mechanische Weiterbewilligung der Kriegskredite (und vor einem Jahre die Bewilligung des Budgets) beibehielt, konnte sich die Minderheit mit ihrer entgegengesetzten Anschauung nicht dauernd der Abstimmung „entziehen", sondern war gezwungen, offen ihren Standpunkt zu bekennen und zu begründen. Das geschah durch die Kriegskreditverweigerung am 21. Degember 1915 und die begründende Erklärung Geyers. Zwanzig Fraktionsmitglieder bekannten sich zu dieser Tat, die ihre gesamte grundsätzlich-politische Taktik festlegte. An diese Tat waren sie gebunden für jede weitere Kriegskredit- und Budgetbewilligung. . . .

Vorerst bedeutet auch diese Fraktionsspaltung nicht eine Spaltung der Partei. Vor dem Parteitag werden beide Teile Rede und Antwort stehen müssen. Bis dahin muß man abwarten, wie weit die Fraktionsmehrheit in ihrer Unterstützung der Regierungspolitik gegangen sein wird. Davon — und davon allein! — wird es abhängen, wie der Parteitag entscheiden wird. Findet sich die Fraktionsmehrheit wieder zu der jahrzehntelang als sozialdemokratisch geltenden eigenen proletarischen Machtpolitik zurück, so wird dieses zeitweilige getrennte Marschieren von zwei Fraktionshälften eine vorübergegangene Episode im einigen großen sozialistischen Befreiungskampfe gewesen sein. Wenn nicht — — der Parteitag wird wohl kaum beschließen können, daß die grundsätzliche Stellungnahme der heutigen Fraktionsminderheit etwa nicht sozialistisch wäre. . . .

Die bürgerliche Presse zur Fraktionsspaltung.

Herr von Gerlach schreibt in der **„Welt am Montag"**:

„Der Revisionismus ist der Idee, wenn auch nicht dem Namen nach, fast so alt wie die Sozialdemokratie selbst. Seit Kriegsbeginn hat er jedoch ein Tempo und eine Gründlichkeit angenommen, die seine Früchte beinahe als Revolution gegen das bisherige sozialdemokratische Programm erscheinen lassen.

Ein erheblicher Teil der Sozialdemokratie hat den Revisionismus allerneuester Prägung nicht mitgemacht. Der Krieg hat ihn nicht erschüttert in dem Glauben an die Richtigkeit des alten Programms, der alten Politik, der alten Taktik. Aber er durfte seinen alten Standpunkt nicht mehr öffentlich bekennen. Mars und seine Gesetze regierten die Stunde, die nun schon fast 1¾ Jahre währt. Alle Ventile (Presse, Volksversammlung, Parteitag) waren verstopft. Die offene Aussprache, die der Sozialdemokratie bisher noch immer auch über die schwersten inneren Konflikte hinweggeholfen hat, war unmöglich. Die Fraktionsmehrheit allein konnte frei und offen reden. Sie hatte die Macht. Sie machte davon rücksichtslosen Gebrauch.

Je länger der Krieg dauerte, um so unerträglicher wurde der Zustand. Eine Unsumme von Spannung sammelte sich an, die zur Entladung drängte. Daß diese Entladung am 24. unter so peinlichen Begleitumständen erfolgte, ist das wirklich Unerfreuliche an der Sache, die an sich unvermeidlich war.

Nietzsche hat wieder einmal recht behalten: „Alle verschwiegenen Wahrheiten werden giftig." Wobei im vorliegenden Falle natürlich nur an subjektive Wahrheiten gedacht werden kann.

Wenn man sich nicht selber täuschen will, muß man offen eingestehen, daß der wahre Grund der Spaltung die verschiedene Auffassung über die Ursachen des Krieges ist. Die Mehrheit konnte ihre Auffassung jederzeit vor allem Volk kund tun. Die Minderheit durfte es nicht. Für sie hieß es: über Thema darf nicht gesprochen werden! Hier liegt die „verbotene Stadt"! Das wirkte verbitternd, zumal die Minderheit der Meinung war, sie werde die Mehrheit der Parteigenossen für sich haben, wenn sie nur offen alles sagen dürfe. Das hatte die erheblichsten praktischen Konsequenzen. Je nachdem, wie man über den Ursprung des Krieges urteilt, wird man natürlich zu gewissen parlamentarischen Vorlagen Stellung nehmen.

Die Fraktionstrennung wirkt wie eine Erlösung. Sie befreit die Minderheit von einem Zwang, den sie auf die Dauer als Vergewaltigung empfand, und die Mehrheit von einer Gemeinschaft, die ihr hinderlich, ja unnatürlich erschien. Allerdings kommt mir die Scheidung noch nicht ganz „reinlich" vor. Alle die, die gegen die Kreditbewilligung durch Stimmenthaltung protestierten und jetzt wieder gegen den Ausschluß der Haase, Bernstein und Genossen stimmten, sind ein Hindernis für die „Homogenität" der alten Fraktion.

Die Fraktionstrennung wäre ein Unglück nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern für alle, die in der Linksorientierung unserer Politik das Heil Deutschlands erblicken, wenn sie zur Parteispaltung führte. Das braucht sie an sich keineswegs. Die parlamentarische Vertretung einer Partei kann vorübergehend gespalten sein, ohne daß die Partei deshalb auseinanderfallen müßte. Allerdings nur vorübergehend. Als Dauerzustand ist es natürlich undenkbar, daß eine Partei im Lande einig, im Parlament getrennt ist."

Die **„Tägliche Rundschau"** schreibt in ihrer Sonntags-Ausgabe:

„Für uns hat die Sezession in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nichts Ueberraschendes. Wir haben schon jahrelang vor dem Krieg bei der Erörterung sozialdemokratischer Angelegenheiten immer wieder die Auffassung vertreten und begründet, daß alles, Sachliches und Persönliches, Stimmungsmäßiges und Materielles, auf eine große Scheidung der Geister innerhalb der Sozialdemokratie unwiderstehlich hindränge. . . .

Mochten zuvor viele, ja die meisten noch nicht erkannt haben, daß für einen Frank und einen Ledebour auf die Dauer nicht Platz unter einem Dach und an einem Parteitisch sein könne, so werden doch während der jüngsten Entwickelung der Dinge innerhalb der Sozialdemokratie viele, ja die meisten, denen nicht etwa ein rosiger Hoffnungsnebel, wie dem „Berl. Tagebl.", den Blick für die Tatsachen umflorte, eingesehen haben, daß ein Landsberg und ein Liebknecht, ein Heine und ein Haase, ein Scheidemann und ein Zehngebote-Hoffmann, ein Südekum und ein Geyer nicht dauernd in der Parteibudike eines Zubeil beieinander wohnen können. . . .

Noch darf man nicht glauben, die Scheidung der Geister sei nun reinlich und endgültig vollzogen. Noch gibt es da viele schwankende Gestalten. Aber unwiderstehlich muß sich die ins Rollen gekommene Entwickelung weiter vollziehen. Alle Gesetze der Reinlichkeit und der Logik fordern das. Jedes letzte innerliche Sträuben, an eine endgültige, ganze Trennung zu glauben, ist nur ein Schmerzreflex, wie er bei jeder Amputation eintritt. Deswegen bleibt der Messerschnitt doch."

Das Zentrumsblatt **„Kölnische Volkszeitung"** (Ausgabe vom 23. d. M.):

„Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist ein bedeutungsvolles Ereignis, falls diese Spaltung den Riß über die Fraktion hinaus bis zum Bodengrund der sozialdemokratischen Partei selber treibt. Man wird erst die Zeit des Friedens oder doch wenigstens den nächsten sozialdemokratischen Parteitag abwarten müssen, ehe man ein endgültiges Urteil über die Bedeutung und die Folgen des gestrigen Tages für die sozialdemokratische Partei und für das innerpolitische Leben Deutschlands richtig abwägen kann. Das ist schon deshalb nötig, weil die beiden sozialdemokratischen Gruppen während des Krieges nicht mit gleichen Waffen kämpfen können. Die Ansichten und Beweggründe der radikalen Gruppe sind derart, daß sie schon im Hinblick auf die bestehenden Be-

schränkungen der öffentlichen Aussprache nicht offen im Kampfe gegen den rechten Flügel der Partei zum Ausdruck kommen können."

Die nationalliberale **„Kölnische Zeitung"** urteilt in ihrer Abendausgabe vom 25. d. M.:

„Nunmehr hat also die von den Herren Haase und Ledebour geführte Minderheit ihren eigenen organisatorischen Mittelpunkt, wenigstens zunächst im parlamentarischen Betrieb. Sie ist ein politischer Organismus geworden, der ein selbständiges Leben führt und nun seine Anziehungskraft äußern wird. In welchem Maße, das hängt von der weiteren allgemeinen Entwickelung ab. Daß sich die Hoffnung des „Vorwärts", eine Parteispaltung stehe nicht bevor, auf die Dauer erfüllen wird, glauben wir nicht. Die Gegensätze der Fraktion und der neuen Arbeitsgemeinschaft sind die tiefsten, die es in der Politik gibt, nämlich grundsätzliche Gegensätze in der Stellung zum Staat und zur Nation. Wenn der „Vorwärts" meint, daß der proletarische Kampf unter allen Umständen die Parteieinheit zusammenhalten werde, so ist zu bedenken, daß der proletarische Kampf sich sehr wesentlich nach der grundsätzlichen Stellung zum Staat und zur Nation richtet. Der Proletarier, dem das Vaterland in seiner staatlichen Beschaffenheit etwas unter allen Umständen zu Erhaltendes, in seiner politischen Lebenskraft zu Förderndes ist, muß den proletarischen Kampf in entscheidenden Augenblicken anders betreiben, als derjenige, der grundsätzlich international denkt, also seine proletarischen Zwecke niemals den nationalen und staatlichen unterordnen würde. . . . Wir glauben, daß das, was gestern geschehen ist, nur der erste Schritt war, und daß von nun an auch in der Partei zwischen einer großen Mehrheit und einer kleinen Minderheit keine Brücke mehr sein wird. Wenn auf dem ausgedehnten Gebiete der Arbeiterbewegung, sei es in gewerkschaftlichen, sei es in politischen Einzelfragen, sich da und dort ihre letzte Entscheidung und Abstimmung deckt, dann berührt das diese Annahme nicht. Die gegebene Frage wird immer die sein: Wie dünkt euch um den Klassencharakter der proletarischen Bestrebungen nach sozialer Hebung und politischem Machtanteil?"

Die **„Rheinisch-Westfälische Zeitung"**, das Blatt der Schwerindustrie, sagt in ihrer Ausgabe vom 25. März d. M.:

Damit war der Bruch eigentlich schon vollzogen, er wurde noch immer überkleistert, bis der 24. März d. J. die feindlichen Brüder geschieden hat.

Auf immer? Wir wissen es nicht. Wohl aber wissen wir, daß die erdrückende Mehrheit auch der sozialdemokratischen Arbeiter in Feldgrau umgelernt hat. Ihnen ist im Morast Polens und Litauens, inmitten der belgischen Hinterhältigkeit, im fernen Balkan und auf allen Meeren die Größe und Herrlichkeit unseres Vaterlandes offenbar geworden. Die Internationale wurde zum wesenlosen Schemen und die Liebe zum Vaterland und zum eigenen Volk zog auch in ihre Herzen. Auch in der Heimat ist mancher genesen von der weltbürgerlichen Krankheit, Tausende, Abertausende sind deutsch geworden im schönsten Sinne des Wortes. Wer diese Wandlung nicht begreifen kann, wer abseits steht, der ist doch eigentlich ein unglücklicher Mann. Es sind deren noch genug. Wer wird siegen? Wir wissen es nicht, aber wir hoffen doch, daß der Schützengrabengeist den Ausschlag geben wird.

Man wird zunächst abwarten müssen, ob die Folgen der Spaltung sich auch in den Organisationen bemerkbar machen werden. Bis dahin tut man gut, die Bedeutung des Ereignisses nicht zu überschätzen."

Die liberale **„Frankfurter Zeitung"** (zweites Morgenblatt vom 26. d. M.):

„Es ist ja auch nicht mit Sicherheit zu sagen, ob diese Spaltung der Reichstagsfraktion und die Kämpfe, die ihr innerhalb der Partei nach dem Kriege folgen werden, zur Gründung einer aus dem Kern der bisher Revisionisten genannten bestehenden Radikalen, aber vom Traum der Internationalität geheilten Partei der Linken führen wird, und es ist noch ebensowenig sicher zu sagen, ob hinter denen, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion bilden, bei späteren Wahlen eine entsprechende Mehrheit der Wähler stehen wird.

Ganz überwiegend wird zunächst die Trennung als die Beendigung eines unhaltbaren, weil innerlich unwahren Zustandes aufgefaßt, als ein reinigendes Gewitter, von dem man auf die Dauer auch für unsere allgemeinen Parteiverhältnisse in der Richtung ihrer Gesundung etwas erwarten kann, ebenso wie darüber kein Zweifel besteht, daß die neue kleine Fraktion unter Haases Vorsitz für die bisher unter dem mühsam aufrechterhaltenen Zeichen des Burgfriedens während des Krieges verlaufenen Tagungen des Reichstags manche Erschwerungen bringen wird; denn die um Haase und Liebknecht werden nun, durch die Fraktion nicht mehr gebändigt, von der Tribüne des Reichstags herab sprechen wollen, was sie bisher nicht sprechen durften. In welchem Maße sie diesem Drange nachkommen werden, bleibt abzuwarten und ob sie alle von einer Betätigung à la Haase oder Liebknecht einen Gewinn an Anhängern im Lande sich versprechen dürfen, wird doch manchem von ihnen zweifelhaft sein."

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Der Brandenburgische Provinziallandtag hielt am Montag noch eine Sitzung ab, zur Gründung einer Brandenburgischen Kriegshilfskasse. Das Betriebskapital, das 6 Millionen betragen soll, will der Staat zur Hälfte hergeben, während die andern 3 Millionen durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Sowohl das vom Staate gegebene Darlehen wie die Anleihe soll in den Jahren 1919—1936 zurückgezahlt resp. getilgt werden, jedoch verzichtet der Staat auf 15 Proz. der Rückzahlung, die also von vornherein als Verluste gerechnet werden. Der Zweck der Kriegshilfskasse soll nach der Vorlage sein „die Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer des selbständigen Mittelstandes oder deren Angehörigen, welche durch den Krieg in Bedrängnis geraten sind und deren wirtschaftliche Selbständigkeit durch ein Hilfsdarlehen erhalten oder wiederhergestellt werden kann".

Die zu Beginn der Tagung vor einem Monat eingebrachte Vorlage sah vor, daß die Provinz selbst resp. der Provinzialausschuß mit der Gewährung der Darlehen befaßt würde. Die damals eingesetzte Kommission hielt es aber für besser, daß die einzelnen Kreise die Sache selbst in die Hand nehmen, und schlug vor, den Betrag von sechs Millionen nach Maßgabe der Einwohnerzahl auf die Kreise zu verteilen. Hiergegen erhob sich lebhafter Widerspruch aus den Kreisen der ländlichen Vertreter, die meinten, daß der ländliche Mittelstand und Kleinbesitz hierbei den städtischen gegenüber zu schlecht wegkäme. Das hatte zur Zurückziehung der Vorlage geführt, die nunmehr in etwas veränderter Gestalt wieder erschienen ist. Allerdings sollen die Kreise die Gewährung von Darlehen unmittelbar in der Hand haben, die Verteilung der Mittel aber auf die Kreise soll nach einem anderen Verteilungsmaßstabe geschehen. Nach der Einwohnerzahl sollen nunmehr $^2/_3$ Millionen, also 2 Millionen, verteilt werden, 2 weitere Millionen nach der Klasse IV der Gewerbesteuer und 1 Million entsprechend der in landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben benutzten Fläche, d. h. der landwirtschaftlich benutzten Fläche von 2—20 Hektar; die danach noch verbleibende 1 Million soll der Provinzialausschuß zu seiner eigenen Verfügung als Ausgleichsfonds zurückbehalten, um unvorhergesehene Härten auszugleichen. Auf eine Anfrage aus den Kreisen der städtischen Vertreter gab der Landesdirektor die Erklärung ab, daß diese zur Verfügung des Provinzialausschusses zurückbehaltene Million vorzugsweise den städtischen Interessenten zugute kommen soll.

In dieser Form wurde die Vorlage vom Provinziallandtag angenommen.

Außerdem lag dem Landtag eine Vorlage vor, die ein großes Projekt über eine einheitliche Elektrizitätsversorgung der Provinz vorsieht, zu dessen Durchführung eine Anleihe von 24 Mill. Mark aufgenommen werden soll. Ermöglicht wird dieses Projekt durch die Aussicht auf die Versorgung der Provinz mit elektrischem Strom aus dem staatlichen Bahnkraftwerk bei Wittenberg, das für die Elektrisierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen dienen soll. Dort wird die elektrische Kraft mit Hilfe der billigeren Braunkohle im Gegensatz zu der sonst benutzten teuren Steinkohle gewonnen. Nach dem Projekt sollen die Berliner Vorort-Elektrizitäts-Werke (B. V. E. W.) mit den Märkischen Elektrizitäts-Werken (M. E. W.), die beide in enger Beziehung zur A. E. G. stehen, verschmolzen werden, und die Provinz soll den maßgebenden Einfluß in diese Werke gewinnen und es vom Jahre 1936 ab vollständig erwerben können.

Die Vorlage wurde zunächst einem Ausschuß überwiesen und wird das Plenum des Landtages voraussichtlich wieder am nächsten Freitag beschäftigen.

Aus Groß-Berlin.

Die Siedlungspolitik des Fiskus.

Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung.

Die Vollversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin trat gestern zu ihrer Frühjahrssitzung zusammen.

Der Haushaltsplan für 1916 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 317 917 M., fast wie im Vorjahr. Die Umlage auf die Verbandsmitglieder muß 214 602 M. der Einnahme aufbringen. Der besondere Haushaltsplan der Wälder des Verbandes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 799 000 M. ab. In den Ausgaben stecken 400 000 M. Zinsen der wegen des Krieges noch nicht entrichteten Kaufpreis-Teilzahlungen, die bis jetzt in Höhe von 8 000 000 M. fällig geworden sind.

Da das neue Verwaltungsjahr 1916 schon in den nächsten Tagen (am 1. April) beginnt, so wurde in einem von verschiedenen Gruppen eingebrachten Antrag, den der Stadtkämmerer Machowicz-Schöneberg begründete, sofortige Annahme ohne verzögernde Ausschußberatung empfohlen und zugleich für die Zukunft pünktlichere Vorlegung des Haushaltsplans verlangt. Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Sonnenfeld-Berlin, ob nicht in den Verbandswäldern der Holzeinschlag zu weit gehe, antwortete Verbandsdirektor Steiniger, nur soviel werde ausgeholzt, wie zur Gesundung der Wälder nötig sei. Nach Annahme des Antrages wurden beide Haushaltspläne genehmigt.

Die Frage einer Ausnutzung des Grundwassers der Verbandswälder hat den Verbandsausschuß beschäftigt im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Absicht der Stadt Berlin, zur Erweiterung ihrer Wasserwerke Tegel und Friedrichshagen die erforderlichen Forstflächen zu kaufen. Im Verbandsausschuß stellte Charlottenburgs Vertreter einen Antrag, der das Recht des Zweckverbands feststellt, in seinen Wäldern unbeschadet der bestehenden Rechte dritter das Grundwasser zu nutzen, Wasserförderungsanlagen einzurichten und zu betreiben und Wasser an Verbandsmitglieder gegen Entgelt abzugeben oder Entnahme durch Verbandsglieder gegen Entgelt auf Zeit zu gestatten. Dieser Antrag mit seinen für Berlin eine Erschwerung bringenden Verwaltungsgrundsätzen fand den Beifall auch der Staatsregierung, wurde im Verbandsausschuß angenommen und kam nun an die Vollversammlung. Die Begründung sagt unter anderem, es sei nötig, für die Versorgung der gesamten Bevölkerung Groß-Berlins mit Wasser eine Stelle zu haben, die das Wasser beschafft und abgibt. Hervorgehoben wird auch die Pflicht des Verbandes, sein Eigentum zu nutzen, um durch Gewinnerzielung die Belastung der Verbandsmitglieder zu verringern.

Ein Antrag von Vertretern Berlins wünschte Ausschußberatung. Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin führte begründend aus: Wir haben keine Bedenken gegen die theoretische Richtigkeit dieser Verwaltungsgrundsätze. Der Ausschuß soll aber dabei wasserrechtliche Fragen erörtern, die wegen der Neuheit des Wasserrechts noch wenig geklärt sind. Gewiß kann die Verbandsversammlung Grundsätze für die Verwaltung feststellen. Welche Konsequenzen das aber hat, bedarf gleichfalls noch der Klärung. — Die Ueberweisung an einen Sonderausschuß wurde beschlossen.

In dem Streit um den Fluchtlinienplan des Breitenbachplatzes hatte nach Einsetzung eines Sonderausschusses die königliche Aufteilungskommission der Domäne Dahlem ihren Widerspruch gegen den Plan zurückgezogen. Der Auftrag des Ausschusses ging aber dahin, daß er — wie in der Herbstsitzung der Vollversammlung von dem sozialdemokratischen Redner ausgeführt wurde — auch das bei der Erschließung der Domäne Dahlem befolgte Verfahren samt der ganzen Siedlungspolitik des Fiskus unter die Lupe nehmen sollte. Davon durfte der Ausschuß sich durch den Rückzug der Aufteilungskommission nicht abhalten lassen, so sehr auch die Kommission und mit ihr der Oberpräsident das zu erwarten schienen. Auch in der Vollversammlung konnte durch die inzwischen erfolgte Zurücknahme der Vorlage auf Fluchtlinienfestsetzung, zu der bei dem Widerspruchsverzicht der Aufteilungskommission kein Anlaß mehr für den Verband gegeben ist, die nochmalige Geißelung der fiskalischen Siedelungspolitik nicht verhindert werden.

Angenommen hatte der Sonderausschuß einen von den Vertretern der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag auf Verhandlung des Verbandsausschusses mit der Staatsregierung zu dem Zweck, daß der Bebauungsplan für Dahlem geändert wird, damit auch Minder- und Unbemittelte sich zahlreich dort im Kleinhaus mit Garten ansiedeln können und genügende Kinderspielplätze vorfinden, ferner daß in Bebauungsplänen für staatliche Ländereien Groß-Berlins auf Kleinhaussiedlungen für Minder- und Unbemittelte Bedacht genommen wird, endlich daß in den Bebauungsplänen mehr die neuzeitlichen städtebaulichen Grundsätze zur Geltung kommen. Der Antrag lag nun der Vollversammlung vor.

Der Regierungsvertreter Oberpräsident v. d. Schulenburg teilte mit, daß inzwischen für den Dahlemer Anteil am Breitenbachplatz die Fluchtlinien so festgesetzt worden sind, wie es den Wünschen des Zweckverbandes entspricht, und die allerhöchste Genehmigung bald folgen wird.

Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin berichtete über die Verhandlungen des Sonderausschusses: Der Standpunkt des Zweckverbandes ist von den maßgebenden Stellen als berechtigt anerkannt worden; damit ist die Fluchtlinienfestsetzung erledigt. Der Ausschuß hat aber gemäß dem Beschluß der Versammlung auch die Siedlungspolitik des preußischen Fiskus erörtert und dabei festgestellt, daß bei Aufteilung der Domäne Dahlem die berechtigten Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung und des Mittelstandes zu kurz gekommen sind. Nur sehr reiche Leute können sich dort ansiedeln, weil der Fiskus für die Baustellen ungewöhnlich hohe Preise nimmt. 35 M. fordert er für das Quadratmeter eines Geländes, das er für 5—10 Pf. pro Quadratmeter erworben hat. Unter den Steuerzahlern sind solche mit 3000—10 000 M. in Berlin 5 Proz., in Dahlem 23 Proz., solche mit über 10 000 M. in Berlin 1 Proz., in Dahlem 26 Proz. Der Fiskus will und soll verdienen, aber er braucht nicht Phantasiepreise zu nehmen. Er muß eine Siedlungspolitik, die seine Kolonien nur Reichen zugänglich macht, aufgeben. In Dahlem ist es noch jetzt möglich, durch billige Landverkäufe auch Minderbemittelte anzusiedeln. Dasselbe muß um der Volksgesundheit willen für andere fiskalische Ländereien Groß-Berlins gefordert werden. — Redner hielt es für nötig, mit folgender Warnung zu schließen: Bedenklich sind auch die politischen Konsequenzen, die sich ergeben müßten, wenn durch diese Siedlungspolitik die großen Gemeinden immer mehr proletarisiert werden und nur die kleinen Gemeinden die Reichen haben.

Den Fiskus verteidigte gegen den Vorwurf zu teurer Landpreise der in solchen Dingen sachkundige Kommerzienrat Haberland. Zu berücksichtigen seien die Aptierungskosten, pro Quadratmeter 8—10 M.

Jetzt ergriff auch Oberpräsident v. d. Schulenburg nochmals das Wort zum Schutze der Aufteilungskommission. Ihr anfänglicher Widerspruch in Sachen Breitenbachplatz sei nur durch das wenig entgegenkommende Verhalten der beteiligten Gemeinden veranlaßt worden. Des Vorredners Hinweis auf die Aptierungskosten der Domäne Dahlem sei zutreffend. Der Oberpräsident erklärte, grundsätzlich entspreche es zweifellos auch dem Wunsch der Staatsregierung, die vom Zweckverband gewünschte Siedlungspolitik zu verfolgen. Jederzeit werde sie dahingehende Anregungen des Verbandes gern entgegennehmen, und sie werde darin nur einen neuen Beweis dafür sehen, welches segensreiche Gebilde der Zweckverband sei.

Dieser Schlußfolgerung widersprach Stadtverordneter Cassel-Berlin.

Der Antrag des Ausschusses auf Verhandlung mit der Staatsregierung über ihre Siedlungspolitik wurde angenommen.

Salatölersatz aus Wasser!

In der letzten Sitzung des Fachausschusses für Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Oele der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin kam zur Sprache, daß in der letzten Zeit infolge der Oelknappheit Salatölersatz verschiedenster Zusammensetzung und verschiedenster Herkunft auf den Markt gebracht wird und bei dem Einkauf desselben die größte Vorsicht geboten erscheint. Die Untersuchung der Proben eines einem hiesigen Händler von der Firma Gebrüder Herzberg, Hamburg, Billstraße 11, angebotenen Salatölersatzes im Medizinalamt der Stadt Berlin hat ergeben, daß die Ware zu 99,48 Prozent aus Wasser besteht, also in keiner Hinsicht geeignet ist, Salatöl zu ersetzen. Der Erzeuger beabsichtigt offenbar durch die äußeren Eigenschaften, die er dem als Salatölersatz vertriebenen Wasser gegeben hat, bei dem Käufer den Glauben zu erwecken, daß es sich um eine Ware von Eigenschaften eines Speiseöles handelt. Der Entstehungswert beträgt höchstens einige Pfennige für den Liter, der Gebrauchswert ist gleich Null.

Aufhebung von Höchstpreisen.

Der Magistrat hat eine Verordnung erlassen, nach der die bei Kohlrüben, Mohrrüben und Zwiebeln inländischer und ausländischer Herkunft für die Abgabe im Kleinhandel festgesetzten Höchstpreise aufgehoben werden.

Der angemessene Aufschlag.

Der Fachausschuß der Preisprüfungsstelle für Kartoffeln, Gemüse, Obst hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, als angemessenen Aufschlag für den Gemüsegroßhandel auf den von ihm selbst gezahlten Einkaufspreis zuzüglich Transportkosten einen Zuschlag bis zu 10 Proz. für ausländisches Gemüse zu bestimmen. Für den Kleinhandel wird ein Aufschlag bis zu 25 Proz. seines Einkaufspreises als angemessen erachtet. Preise, in denen höhere Aufschläge enthalten sind, können wegen übermäßiger Preissteigerung verfolgt werden. Diese Bestimmungen gelten insbesondere für diejenigen ausländischen Gemüsearten, für die die Höchstpreise aufgehoben sind, jedoch nicht für Frühgemüse. Es ist gerade im Anschluß an die Aufhebung der Höchstpreise die Beobachtung gemacht worden, daß die Preise sprunghaft in die Höhe gegangen sind. Die Preisprüfungsstelle wird in allen ihr bekannt werdenden Fällen die Angemessenheit der genommenen Preise auf Grund obiger Grundsätze prüfen. Es wird ferner mehrfach darüber geklagt, daß die Preisaushänge seitens der Händler nicht in der von der Preisprüfungsstelle vorgeschriebenen Weise geführt werden. Es wird ausdrücklich auf den § 3 der Preisaushangsverordnung vom 28. Januar hingewiesen, wonach Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften, sofern nicht auf Grund anderer Bestimmungen schwerere Strafen in Frage kommen, mit Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft werden.

Diebstähle auf Bestellung.

Ein verdächtiger Handel fiel kürzlich Kriminalbeamten in der Gegend des Vieh- und Schlachthofes auf. Bei einem Schankwirt und auch bei anderen Leuten verkauften Knaben, zum Teil noch richtige Knirpse, fortgesetzt Rindertalg, Leber und andere Sachen dieser Art. Die Beamten gingen dem Ursprung der verhandelten Waren nach und entdeckten allmälig, daß an dem Handel nicht weniger als 18 Schuljungen von 9—13 Jahren beteiligt waren. Zwei, ein gewisser Z. und ein L. aus der Frucht- und Koppenstraße waren die Urheber und Leiter. Sie hatten die anderen nach und nach für ihre Pläne gewonnen. Die Jungen, zum größten Teil Söhne achtbarer Eltern rannten in Gruppen, mit scharfen Messern ausgerüstet, hinter den Fleischerwagen her, die morgens in aller Frühe vom Schlachthofe nach der Markthalle fahren. Von dem überhängenden Fleisch schnitten sie im Laufen ab, was sie erhaschen konnten. Z. und L. waren bald bei jener Gruppe, um sie bei der „Arbeit" zu beobachten. Sie stahlen aber auch selbst mit. An verabredeten Stellen trafen sich die Jungen und lieferten ihre Beute ab, die dann zum Verkauf den Einzelnen zugewiesen wurde. Die Jungen standen in Verbindung mit Leuten, die ihnen alles abkauften, was sie brachten. Einige dieser Abnehmer bestellten sogar was sie brauchten und ließen es sich von den Jungen stehlen. Gegen alle Beteiligten wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die Jungen, die zum Teil wohl noch gar keine richtige Vorstellung von dem Umfang der Strafbarkeit ihrer Streiche hatten, wurden größtenteils dem Jugendgericht überwiesen.

Des Kindes Ernährung und Pflege.

Dem Wohl des Säuglings galt ein Vortrag im Langenbeck-Virchow-Haus. Vor einer hauptsächlich aus Frauen zusammengesetzten Zuhörerschaft sprach Prof. Langstein über „Die häufigsten Fehler in Kinderernährung und Kinderpflege". Die falschen Bräuche der Kinderstube beklagte er als „Tragik im Leben des Kindes". Großenteils aus ihnen und nicht allein aus sozialen Mißständen erklärte er die hohen Erkrankungs- und Sterbeziffern der Säuglinge.

Unter den Ernährungsfehlern ist, so führte Langstein aus, im Säuglingsalter das schlimmste die künstliche Ernährung mit Tiermilch. Sie mutet den auf natürliche Ernährung mit Muttermilch eingestellten Verdauungsorganen des Neugeborenen eine schwere Leistung zu. Daher sind an der Säuglingssterblichkeit die künstlich ernährten Kinder mit sehr hohen Ziffern beteiligt. Fast nur sie erkranken an dem im Sommer so gefürchteten Brechdurchfall und erliegen ihm. Auch englische Krankheit findet man besonders oft bei künstlich ernährten Kindern, und selbst Erkältungskrankheiten und Infektionskrankheiten befallen in erster Linie sie. Die Muttermilch hat eine

Zauberkraft, die den Säugling schützt. In Deutschland werden nur 40 Proz. der Säuglinge mit Muttermilch ernährt. Daß aber die meisten Mütter stillen könnten, zeigen Erfahrungen in Anstalten. Während des Krieges hat infolge der Reichswochenhilfe, die Stillgeld gewährt, das Stillen „ganz kolossal zugenommen". Freilich muß auch bei der natürlichen Ernährung die Mutter sich vor Fehlern hüten. Sie soll nicht das Kind zu oft anlegen, soll auch nicht aus Furcht, daß sie zu wenig Milch hat, bald noch die Flasche dabei geben. Die Entwöhnung soll möglichst nicht in den heißen Sommermonaten erfolgen, sondern lieber bis in die kühlere Jahreszeit verschoben werden. Viel mehr Fehler werden bei der künstlichen Ernährung gemacht. Besonders hier müssen Hausärzte und Säuglingsfürsorgestellen mit ihrem Rat eingreifen. Oft führt Ueberfütterung zu Verdauungsstörung, zu Brechdurchfall, der tödlich endet. Der Säugling soll Nahrung nur am Tage erhalten, für den ganzen Tag nicht mehr als ein Liter, verteilt auf fünf Mahlzeiten. Milch für Säuglinge muß von der Gewinnung bis zur Verwendung besonders sauber behandelt werden. Sie darf nicht mit schmutzigen Händen oder schmutzigen Gefäßen in Berührung kommen und ist zu kochen, damit Krankheitskeime absterben. Aeltere Kinder brauchen gemischte Kost. Ueberernährung, z. B. ein Zuviel an Eiern und an Fleisch, bringt mancherlei Krankheitszustände. Namentlich in wohlhabenden Familien werden Kinder nicht selten durch bloßen Kostwechsel gesund.

Zu der richtigen Ernährung des Kindes muß richtige Pflege sich gesellen. An ihr fehlt's sehr oft, weil die rechte Erkenntnis mangelt. Größter Fehler ist die Unsauberkeit. Nur mit sauberen Händen soll man ein Kind anfassen, nur mit sauberen Dingen darf es in Berührung kommen. Gar leicht wird es infiziert. Falsch ist der Brauch, dem Kinde den Mund auszuwischen. Dadurch entstehen oft kleine Verletzungen, die zu Geschwüren und sogar zu Blutvergiftung führen können. Schädlich ist warme Einhüllung des Säuglings, besonders im Sommer, wo gerade sie leicht Anlaß zu Brechdurchfall wird. In den Wohnungen der Armen herrscht im Sommer manchmal nicht nur am Tage, sondern auch bei Nacht eine Temperatur zwischen 30 und 40 Grad. Aus solchen Quartieren kommen Kinder mit Brechdurchfall, der in 24 Stunden schwerste Form annimmt. In manchen Städten kennt man (wir geben die Ausführungen des Vortragenden wörtlich wieder) „richtige Sterbehäuser, in denen kaum ein Kind den Sommer übersteht". Wenn schlecht gelüftet wird, das Kind nicht ins Freie gebracht, sondern noch in ein heißes Bett gepackt wird, entsteht eine gefährliche Wärmestauung mit Körpertemperatur bis 40 Grad. Vielleicht kommt dazu noch Darreichung von Milch, die in den heißen Räumen verdorben ist. Gründliche Lüftung und leichte Bekleidung können die sommerlichen Gefahren für den Säugling mildern. Doch ist vor übertriebener Abhärtung zu warnen. Richtige Ernährung und Pflege des Säuglings leiten über zur richtigen Erziehung, deren einzige Mittel anfangs sie sind. Hüten soll man Kinder vor der Unruhe einer Umgebung, die sie nervös macht. Kindern gehört Ruhe. Ihr ruhiges oder unruhiges Verhalten ist weniger auf Anlage als auf das Verhalten der Eltern zurückzuführen.

Professor Langstein meint, bei richtiger Ernährung und Pflege könnten im Deutschen Reich jährlich 100—150 000 Säuglinge mehr am Leben bleiben. Wohl sei, so schloß er, die Säuglingssterblichkeit bedingt durch soziale Not, gegen die ein Eingreifen des Staates — zunächst Beibehaltung der Wochenhilfe auch im Frieden, weiter eine Regelung des Wohnungswesens — gefordert werden müsse. Aber als Ursache komme doch auch Unkenntnis sehr in Betracht, gegen die mit Belehrung, mit Gesundheitslehre und Säuglingspflegeunterricht in der Volksschule, vorzugehen sei.

Verhaftung zweier Mehldiebe. Auf dem Industriebahnhof Weißensee wurden seit einiger Zeit fortgesetzt Diebstähle an den Mehlvorräten verübt, die für Weißensee bestimmt waren. Die verschlossenen Güterwagen wurden erbrochen und daraus täglich mehrere Zentner Mehl entwendet. Jetzt ist es gelungen, die Diebe zu fassen. Es sind zwei schon mehrfach bestrafte Berliner Einbrecher. Sie wurden überrascht, als sie mit einem in Weißensee geliehenen Handwagen auf einen neuen Raubzug auszogen. Die Diebe haben im ganzen für etwa 3000 M. Mehl erbeutet.

Kein Verbrechen, sondern Unfall.

Im Schöneberger städtischen Krankenhause ist am gestrigen Montag nachmittag die 18jährige Erna Wagner gestorben, die am Montag voriger Woche besinnungslos auf dem Bahnkörper der Vorortbahn Berlin-Lichterfelde aufgefunden worden war. Die näheren Umstände deuteten zunächst auf ein Verbrechen hin und auch die Behörde teilte diese Vermutung. Da die W. nicht vernehmungsfähig war, wollte es zunächst nicht gelingen, Licht in die rätselhafte Angelegenheit zu bringen. Jetzt ist es aber inzwischen doch möglich geworden, volle Aufklärung zu schaffen, obwohl das junge Mädchen bis zu ihrem Tode nicht mehr das Bewußtsein wiedererlangt hatte. Es ist nun einwandfrei festgestellt worden, daß ein Verbrechen nicht vorliegt, sondern daß Erna Wagner das Opfer eines Unfalles geworden ist. Sie war mit ihren Eltern und Geschwistern am Sonntag voriger Woche im Zoologischen Garten gewesen und hatte gegen 10 Uhr abends die Rückfahrt nach Südende, wo sie in Stellung war, angetreten. Allem Anscheine nach ist der Unfall in der Weise eingetreten, daß die W., die sich verspätet und es daher sehr eilig hatte, in der Meinung, der Zug habe bereits den Bahnhof Südende erreicht, das Abteil bereits an der kurz vor dem Bahnhof befindlichen Brücke geöffnet und infolge des Ruckes, den es an der dortigen starken Krümmung stets gibt, hinausgestürzt ist oder aber selbst abgesprungen ist. Die Brücke soll vom Zuge aus leicht mit dem Bahnhof selbst zu verwechseln sein. Die Handtasche des Mädchens ist dann später auch nicht weit von der Unfallstelle aufgefunden worden, an dem Inhalt fehlt nichts. Aeußere Verletzungen wies der Körper der Verunglückten nicht auf. Nur aus einem Ohre sickerte Blut hervor, was auf eine schwere Gehirnerschütterung oder einen Schädelbruch schließen läßt. Davon, daß Erna Wagner Selbstmord verübt hat, kann jetzt keine Rede mehr sein.

Ein Kriegsjahr Hoch- und Untergrundbahn.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen verschickt ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1915. Der Bericht umfaßt ein volles Kriegsjahr. Während die Monate Januar bis Juli gegen den gleichen, noch in die Friedenszeit fallenden Abschnitt des Vorjahres einen starken Verkehrsrückgang zeigen, brachten die Monate August bis Dezember im Vergleich zu dem Verkehr in den fünf Kriegsmonaten des Vorjahres eine nicht unerhebliche Zunahme, die auch im laufenden Jahre angehalten hat. Im ganzen wurden im Berichtsjahre 69 542 277 Fahrgäste befördert gegen 77 027 543 im Vorjahr, hiervon in den ersten sieben Monaten 11 837 993 weniger, in den letzten fünf Monaten 4 352 757 mehr als im Vorjahr.

Die Durchschnittseinnahme auf einen Fahrgast betrug 12,99 Pf. Der größte Tagesverkehr fiel auf Donnerstag, den 23. Dezember, mit 286 001 Fahrgästen und 37 161 M. Einnahme, der geringste auf Sonntag, den 25. Juli, mit 135 347 Fahrgästen und 18 121 M. Einnahme. Im Durchschnitt stellte sich der Tagesverkehr auf 190 527 Fahrgäste bei 24 757 M. Einnahme.

Im Berichtsjahr wurden auf allen Linien 3 424 962 Zugkilometer mit Zügen bis zu 6 Wagen gefahren. Der Wagenpark besteht wie Ende des Vorjahres aus 400 Wagen, und zwar 226 Motorwagen und 174 Beiwagen.

Vor der Mobilmachung waren im Betriebe etwa 2760 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, am Schluß des Berichtsjahres einschließlich der eingestellten Frauen etwa 2000.

Dem Verwaltungsbericht der städtischen Markthallendeputation entnehmen wir folgendes: Im Rechnungsjahr 1914 betrugen die Betriebseinnahmen 4 469 496,29 M., d. i. 200 148 M. weniger als im Vorjahre. Die Betriebsausgaben beliefen sich auf 4 146 589,51 Mark und waren um 31 195,71 M. niedriger als im Vorjahre. In der Einnahme und Ausgabe ist der Betrag von 1 Million Mark enthalten, den die Reichspostverwaltung als zweite Rate des Restkaufgeldes für die an sie verkaufte Markthalle IV — Dorotheenstraße — gezahlt hat.

Der Gesamtüberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben einschließlich der Rückeinlage für den Erneuerungsfonds beträgt 322 906,78 M., gegen 1913 weniger 166 996,89 M. Alle Markthallen brachten an Standmieten Mindereinnahmen, die sich auf 63 652,49 M. beliefen.

Das Projekt für die neue Großmarkthalle ist wesentlich vorgeschritten. Die Ausarbeitung der Baupläne, für die ein besonderer Wettbewerb ausgeschrieben war, steht vor ihrer Vollendung.

An den durch den Krieg veranlaßten Lebensmittelversorgungsmaßnahmen des Magistrats war auch die Markthallenverwaltung beteiligt, besonders beim Verkauf städtischer Kartoffeln und beim Klippfischverkauf.

Um die durch die Stadt bezogenen Kartoffeln den Verbrauchern unmittelbar zugänglich zu machen, wurden in sämtlichen Markthallen städtische Verkaufsstellen eingerichtet, in denen die Verkäufer den Vertrieb gegen eine Entschädigung übernahmen. In den ersten Wochen genügten 48 Verkaufsstände; der tägliche Umsatz betrug zu dieser Zeit 800 bis 1000 Zentner. Später mußte die Zahl der städtischen Verkaufsstellen auf 121 erhöht werden. Da auch die so vermehrten Verkaufsstellen nicht ausreichten, mußten noch weitere vor den städtischen Kartoffelmieten an der Sonnenburger und Paul-Heyse-Straße errichtet werden.

Insgesamt wurden 235 500 Zentner Kartoffeln zum Verkauf gebracht.

Mit dem Verkauf der vom Magistrat beschafften Klippfische wurde am 15. Februar 1915 begonnen. Der Verkaufspreis bei Abgabe an die Verbraucher wurde auf 40 Pf., der Bezugspreis für die Verkäufer auf 37 Pf. für das Pfund festgesetzt. Der Verkauf wurde auch für alle Händler außerhalb der Markthalle zugelassen.

Berliner Adreßbuch. Der Nachtrag zum Adreßbuch 1916 erscheint Ende April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Um die größte Genauigkeit und Vollständigkeit in den Angaben zu erreichen, werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldungen für den Nachtrag umgehend, spätestens bis zum 5. April, der Leitung des Adreßbuches, Zimmerstraße 36/41, zugehen zu lassen. Insbesondere zeige man bis diesem Tage Geschäftseröffnungen und -verlegungen, Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen an, die seit Erscheinen des Adreßbuches stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon stattfindenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden.

Im Straßengetriebe tödlich verunglückt ist eine Frau, deren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Die Frau geriet in der Wattstraße unter einen Wagen der städtischen Straßenbahn und wurde so schwer verletzt, daß sie schon auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhause verstarb. Die Unbekannte ist ungefähr 30 Jahre alt, 1,50 Meter groß und dunkelblond, sie trug eine schwarze Bluse, eine schwarze gestrickte Weste, einen roten Oberrock, eine blaubedruckte Schürze, einen graugestreiften Unterrock, einen braunen Unterrock und graue wollene Strümpfe.

Drei Straßenunfälle werden vom gestrigen Montagnachmittag gemeldet. Gegen 4 Uhr nachmittags fuhr ein Kartonwagen der Firma Hermann Tietz am Alexanderplatz gegen einen Anhängerwagen eines Straßenbahnzuges der Linie 59. Bei dem Anprall wurden drei Scheiben des Anhängerwagens zersplittert, und dabei vier Personen durch Schnittwunden leicht verletzt. Sie konnten sich jedoch nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen begeben. — Um 1/2 3 Uhr nachmittags wollte ein Fräulein Anna Hagedorn an der Haltestelle vor dem Hause Adalbertstraße 3 einen Triebwagen der Linie 45 besteigen. Dabei achtete sie nicht darauf, daß ein Postwagen dicht vorüberfuhr. Sie wurde von den Rädern dieses Gefährtes gefaßt und gegen die Seitenwand des Straßenbahnwagens gedrückt. Mit Quetschungen des Brustkastens wurde die H. nach der nahen Rettungsstation geschafft und von dort mit dem Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain übergeführt. — Fast gegen dieselbe Zeit, um 1/4 3 Uhr nachmittags, ereignete sich der dritte Straßenunfall vor dem Hause Kamstr. 57. Dort fuhr dicht hinter einem Straßenbahnwagen der Linie 80 der Radfahrer Alfred Kutscher. Um sich das Fahren zu erleichtern, hielt er sich mit der einen Hand am Hinterperron des Straßenbahnwagens fest. Als Kutscher später loslassen wollte, stürzte er mit seinem Rade und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Er wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Aus der Dahme gelandet wurde bei Grünau in der Nähe des Sportdenkmals eine weibliche Leiche, die schon so lange im Wasser gelegen hat, daß sie nicht mehr kenntlich ist und auch das Alter der Ertrunkenen nicht mehr geschätzt werden kann. Sie trug einen schwarzen Rock, einen grauen Unterrock, schwarze Strümpfe und schwarze Lederschuhe. — Festgestellt ist die Persönlichkeit des Mannes, der am vergangenen Freitag vor dem Grundstück Holsteiner Ufer 12 in der Spree tot aufgefunden wurde. Der Ertrunkene ist der 64 Jahre alte Sattler Waldemar Kaldrak, der in der Hollmannstraße 22 als Junggeselle ein möbliertes Zimmer bewohnte und seit dem 26. Januar vermißt wurde.

Der Sonntagsverkehr auf der Vorortstrecke Potsdamer Bahnhof—Tempelhof—Neukölln—Niederschöneweide—Grünau wird am 1. April wieder aufgenommen werden. Die Züge verkehren morgens und abends stündlich, in den Mittag- und Nachmittagstunden jede halbe Stunde. Auch auf der Stadtbahn wird vom 1. April ab wieder verstärkter Zugverkehr von und nach Grünau stattfinden.

Dem Berliner Aquarium sind durch Herrn Offizierstellvertreter Moll vom serbischen Kriegsschauplatze vier Sandschlangen zum Geschenk gemacht worden. Sie haben die Reise gut überstanden und sind im kleinen Terrarium Nr. 11 des 2. Stockwerkes untergebracht worden. Die Sandschlangen gehören trotz ihrer geringen Größe — sie werden nicht viel über 1/2 Meter lang — zu der Familie der Riesenschlagen und sind die einzige Gattung dieser Gruppe, die in Europa vorkommt. Die Tiere leben fast ausschließlich unter dem Sande, sind also für gewöhnlich nicht zu bemerken. Für die Schaustellung müssen sie durch teilweise Entziehung des Sandes sichtbar gemacht werden. Ihre Nahrung besteht aus Mäusen und Eidechsen, die sie durch Erdrücken töten.

Aus den Gemeinden.

210 Proz. Einkommensteuer in Adlershof.

Eine außerordentlich dringende Gemeindevertretersitzung beschloß, die in der vorigen Sitzung beschlossene Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer von 225 Proz. auf 210 Proz. herabzusetzen, da es für Adlershof bedenklich wäre, so hoch über die Etats der Nachbarorte hinauszugehen.

Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen sollen durch einen Nachtrag zur Grundsteuerordnung nach Möglichkeit gedeckt werden und zwar sollen für bebaute Grundstücke 3,8 und für unbebaute Grundstücke 6 vom Tausend erhoben werden. Der Voranschlag für 1916 mit dem Gesamtabschluß von 983 256 M. wurde einstimmig angenommen.

Um die den ganzen Tag außerhalb des Ortes arbeitenden Frauen mit Kartoffeln zu versorgen, erklären sich einige Herren bereit, den Verkauf auch des Abends zu betreiben.

Die Butterversorgung läßt immer noch viel zu wünschen übrig. Man sieht auch jetzt noch nach Einführung der Butterkarte, die Frauen zu Hunderten vor den Läden stehen, trotzdem Butter genug vorhanden sein soll. Dringende Abhilfe wäre hier erforderlich.

Aus der Gemeindevertretung Friedrichshagen.

Die letzte Gemeindevertretersitzung brachte trotz einer großen Tagesordnung nur eine kurze, sachliche Erörterung einiger wichtiger Fragen. Bei der Abrechnung über die Weihnachtsbescherung an die Kriegsteilnehmer und Kriegskinder wurde hervorgehoben, daß die Gemeinde in beiden Kriegsjahren den ortsangehörigen Feldzugsteilnehmern Liebesgaben ins Feld geschickt und im letzten Jahre auch den bedürftigen Kindern der Krieger ebenfalls eine Weihnachtsfreude bereitet hatte. Die Gemeinde stellte allein im zweiten Kriegsjahr 6000 Mark für diese Zwecke zur Verfügung. Einem lange gehegten Wunsche um Errichtung einer örtlichen Meldestelle der Ortskrankenkasse für den Kreis Niederbarnim hat man jetzt Rechnung getragen. Dieselbe befindet sich Friedrichstraße 24 und ist geöffnet von 8—11 Uhr. Es wurden dann einige Ergänzungen der Verwaltungsdeputation vorgenommen. In die Werkstattkommission wurde Genosse Otto Barth und in die Müggelseekommission Genosse Hermann Grau gewählt. Es stand ferner der Vertrag über den „Kaisersteg" zur Beratung. Der Pächter mußte sich verpflichten, der Gemeinde die Benutzung der Brücke einzuräumen, freien Zugang zur Eisbahn zu gewähren, die Anlegung von Motorbooten für den Leichentransport nach Treptow zu gestatten und den Fährtarif der Gemeinde zur Genehmigung zu unterbreiten.

Verkauf von Bohnen und Erbsen durch die Stadt Berlin-Wilmersdorf.

Von Montag, den 3. April d. J., ab werden von der Stadt Berlin-Wilmersdorf an ihre Einwohner durch Vermittelung des Kleinhandels Bohnen und Erbsen abgegeben. Der Verkauf ist nur zulässig gegen Vorlegung der städtischen Ausweiskarte und der zur Zeit des Verkaufs gültigen Haupt-Wochenbrotkarte (nicht Zusatzkarte) oder von deren Mittelstück. Auf jede Brotkarte darf nur 1/2 Pfund Bohnen oder Erbsen abgegeben werden; die Abgabe muß der Verkäufer durch Aufdruck eines Firmenstempels oder des seinerzeit für den städtischen Reisverkauf gelieferten Stempels auf dem Mittelstück (Vorderseite) der Brotkarte bescheinigen.

Gemeindewahlergebnisse.

Schönow. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevertreterwahl zur dritten Klasse wurde Genosse Mende mit 34 Stimmen gewählt. Gegenkandidat Gustav Zinn erhielt zehn Stimmen. In der zweiten Klasse wurde Genosse Dammann mit 21 Stimmen gewählt. Gegenkandidat Wilh. Lutter erhielt fünf Stimmen.

Das Wahlresultat ist erfreulicherweise von Jahr zu Jahr besser geworden, sodaß die Sozialdemokratie jetzt über vier Mandate verfügt.

Wildau-Hoherlehme. Die am Sonnabend stattgefundene Gemeindevertreterwahl zur dritten Klasse brachte das Ergebnis, daß Genosse Otto Schumann, Wildau, mit 75 Stimmen wiedergewählt wurde. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Soziales.

Zur Gemeindesteuerpflicht von Kriegsteilnehmern.

Das Oberverwaltungsgericht verneinte am 23. März die Frage, ob Kriegsteilnehmer ohne weiteres auch gemeindesteuerfrei seien.

Das preußische Staats-Einkommensteuergesetz bestimmt im § 5 Ziffer 3 in der Fassung der Novelle von 1906 u. a., daß während der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegsformation befindlichen Teile des Heeres oder der Marine das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres und der aktiven Marine von der Besteuerung ausgeschlossen sei. Der Regierungsbaumeister Dassen aus Tarnowitz, der unter diese Bestimmung fällt, war der Meinung, daß sie nicht nur auf die Staatssteuer, sondern auch auf die Gemeindebesteuerung Anwendung findet. Er beantragte deshalb entsprechende Freistellung von der Gemeindeeinkommensteuer ab 1. August 1914. Der Magistrat von Tarnowitz verwarf den Antrag. Auf die Klage D.s gab jedoch der Bezirksausschuß in Oppeln dem Antrage statt, indem er annahm, daß der § 5 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes auch die Gemeindebesteuerung betreffe.

Das Oberverwaltungsgericht hob nun auf die Revision des Magistrats die Vorentscheidung auf und wies die Klage Dassens ab. Es ging dabei von folgenden Erwägungen aus: Das Gericht sei der Meinung, daß die Vorschrift des § 5 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes auf dem Gebiete der Gemeindebesteuerung keine Anwendung finde. Die entgegengesetzte Meinung, daß die Grundsätze des Staatssteuerrechts auf dem Gebiete der Gemeindebesteuerung überall da Anwendung fänden, wo das Kommunalabgabengesetz nicht abweichende Bestimmungen enthalte, finde im Gesetz keine Stütze. Es gebe weder eine Bestimmung in dem Sinne, daß die gesetzlichen Befreiungen von der Staatseinkommensteuer die entsprechenden Befreiungen von der Gemeindeeinkommensteuer zur Folge hätten, noch sei an irgendeiner Stelle allgemein angeordnet, daß die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes beim Fehlen abweichender Vorschriften im Gemeindeabgabenrecht dort gelten sollten. Insbesondere sei eine derartige allgemeine Anordnung nicht im § 36 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes zu finden, denn diese Bestimmung befasse sich nur in gewisser Richtung mit den Veranlagungsgrundsätzen. Die Freistellungsklage D.s gegen den Magistrat war somit unter Aufhebung der Vorentscheidung abzuweisen. (I. H. C. 265. 15.) Weitere gleichartige Streitsachen — drei aus Tarnowitz und eine aus Ratibor — hatten natürlich dasselbe Resultat.

Zur Vermeidung von Irrungen sei hervorgehoben, daß diese durchaus dem Gesetz entsprechende Entscheidung nicht etwa die Fälle umfaßt, in denen infolge des Kriegsdienstes das Einkommen fortgefallen ist, sondern nur jene Fälle, in denen trotz des Kriegsdienstes ein Einkommen, z. B. aus Beamtengehalt, Zinsen u. dgl., vorliegt.

Künstliche Berufungsfähigkeit.

Kaufmannsgerichtsurteile, bei denen der Streitgegenstand 300 M. nicht übersteigt, unterliegen nicht der Berufung und sind demnach sofort rechtskräftig. Der Gesetzgeber wollte damit erreichen, daß der in Bagatellsachen klagende Gehilfe im Falle des Obsiegens sofort zu seinem Gelde kommt. Diese Gesetzesabsicht wird in neuerer Zeit, wie die Verhandlungen vor den verschiedenen Kammern des Berliner Kaufmannsgerichts ergeben, vielfach zu vereiteln gesucht. Arbeitgeber, besonders große Gesellschaften, suchen gegen sie angestrengte Prozesse dadurch berufungsfähig zu machen, daß sie in Höhe über 300 M. Widerklage erheben. Wie diese Widerklagen künstlich konstruiert werden, zeigte sich in einem die A. E. G. betreffenden Falle. Der Gehilfe verlangte 200 M. Gratifikation, und Beklagte verlangte durch Widerklage Feststellung, daß auch die früheren Gratifikationen freiwillig gezahlt worden seien. Eine ähnlich unmotivierte Widerklage vor der 2. Kammer bezeichnete der Vorsitzende als „völlig aus der Luft gegriffen". Sie wurde auch kostenpflichtig abgewiesen. Der Klage des Angestellten, die in diesem Falle 280 M. war, wurde stattgegeben. Der Beklagten gelang es hier auch nicht, ihren Zweck, den sie mit der Widerklage verfolgte, zu erreichen. Denn das Gericht erklärte ausdrücklich, das Urteil in der Klage des Gehilfen für vorläufig vollstreckbar.

Gerichtszeitung.

Versuchter Raub.

Wegen versuchten schweren Raubes verhandelte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II gegen den Erd-

arbeiter Franz Toporski aus Teltow. Der von seiner Ehefrau getrennt lebende Angeklagte ist schon wiederholt, zuletzt wegen Raubes, mit drei Jahren Zuchthaus vorbestraft.

In Teltow betreibt die Ehefrau des Zimmermanns Jacob ein kleines Zigarren- und Papiergeschäft in der Berliner Str. 8. Zu ihren Kunden gehörte auch der Angeklagte, der genau wußte, daß Frau Jacob den Tag über allein im Geschäft war, da ihr Ehemann seiner Arbeit nachging. Anfang Februar war in dem Stall der Jacobschen Eheleute ein Einbruch verübt und dabei waren zehn Hühner und mehrere Kaninchen gestohlen worden. Die nachträglich angestellten Ermittelungen deuteten darauf hin, daß der Angeklagte den Diebstahl ausgeführt hat. Am 14. Februar, vormittags 11 Uhr, betrat der Angeklagte den Laden der Frau Jacob und überreichte ihr einen Brief, den er angeblich vor der Ladentür gefunden haben wollte. Der Brief lautete: „Verehrte Frau Jacob! Ihre Hühner haben gut geschmeckt. Sie werden verzeihen, daß wir sie geholt haben, aber das Fleisch ist jetzt so teuer. Herzlichen Gruß!" — Als Frau Jacob diesen Brief gelesen hatte, legte sie ihn mit den Worten „Solche Frechheit!" auf den Ladentisch. Als sie sich dabei etwas bückte, packte sie der Angeklagte plötzlich mit der Linken an ihrer Strickweste und versetzte ihr mit einem schweren Hammer, den er vorher zu diesem Zweck an einem dritten Ort gestohlen und in seiner Ueberziehertasche verborgen gehalten hatte, einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, der ihr eine bis auf den Schädelknochen gehende Wunde beibrachte und starken Blutverlust zur Folge hatte. Die Frau schrie laut auf; der Angeklagte hob die Hand nochmals zum Schlage aus, doch entfiel der Hammer seiner Faust, da die Ueberfallene den Angreifer mit der linken Hand ins Haar gefaßt und nach der Waffe gegriffen hatte. Nun griff der Angeklagte nach den auf dem Ladentisch stehenden Zigarrenabschneider und schwang ihn, den unten befestigten Holzkasten als Hammer benutzend. Dabei flog der Untersatz heraus. Die Ueberfallene lief sodann in ihre Wohnstube und von dort in die Küche, während der Angeklagte den Ort der Tat verließ und bald darauf festgenommen wurde. — Nach dem Gutachten des praktischen Arztes Dr. Lobowski-Teltow hätte der Schlag mit dem schweren Hammer, wenn er nicht zufällig schräg gefallen und abgeglitten wäre, tödlich sein können; die Wunde ist sehr gut geheilt, die erlittene Verletzung hat aber bei Frau Jacob nervöse Folgeerscheinungen zurückgelassen.

Der Angeklagte gab die Absicht zu, die Frau zu betäuben und dann die Ladenkasse zu stehlen. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des versuchten schweren Raubes und des Diebstahls schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 15 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte auf zehn Jahre, sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Fahrlässige Tötung.

Ein sogenannter „Naturheilkundiger", dessen „Kunst" den Tod eines Kindes verursacht hat, stand gestern in der Person des 77 Jahre alten ehemaligen Drechslers Eduard Schulz aus der Kreuzbergstraße vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bennewitz.

Der Angeklagte hat, nachdem er sein Handwerk an den Nagel gehängt hatte, sich als Heilkundiger erachtet und hat auch eine ganze Reihe von Kranken gefunden, die kein Bedenken trugen, sich ihm anzuvertrauen. Zu diesen gehörte auch eine Frau Paul aus der Golzstraße, die er einmal von einem unbedeutenden Uebel befreit hatte und die aus diesem Grunde ihn für tüchtiger hielt, als einen Arzt. Als nun ein Kind der Frau G. einer Halskrankheit verfiel, bestand sie darauf, den alten Schulz herbeizuholen, und führte dies auch aus, obgleich ihr Ehemann nach Kräften davon abredete. Der Angeklagte kam, sah sich das Kind an, besichtigte aber nicht das Innere der Mundhöhle, sondern begnügte sich damit, ein Medikament in Anwendung zu bringen, welches nach dem Gutachten des Prof. Dr. Jückenack aus einer ganz indifferenten Flüssigkeit, einer homäopathischen Dosis in dreißigster Potenz, bestand. Das Befinden des kranken Kindes verschlechterte sich von Tag zu Tag, und als endlich der prakt. Arzt Dr. Roetger zur Hilfe gerufen wurde, stellte dieser das Vorhandensein einer schweren Diphtherie fest und ordnete die sofortige Ueberweisung des Patienten nach dem Augusta-Viktoria-Haus an, wo Dr. Glaser die Behandlung übernahm. Aerztliche Hilfe kam nun aber zu spät; das Kind war trotz der Anwendung aller modernen Heilmittel nicht mehr zu retten, es starb nach wenigen Tagen. — Nach Vernehmung der beiden Aerzte und des gerichtlichen Sachverständigen, Geh. Medizinalrats Dr. Hoffmann, verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu 1½ Jahren Gefängnis und sprach auf Antrag des Staatsanwalts die sofortige Verhaftung aus.

Eine wichtige Entscheidung.

Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Kommandierenden Generals vom 31. Juli 1914 war der Parteisekretär Genosse Holzapfel (Magedburg) angeklagt. Er hatte eine Sitzung der Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins anberaumt, ohne die Genehmigung nachgesucht zu haben. Zu der Sitzung war auch eine Anzahl Gewerkschaftsbeamte eingeladen worden. Der Angeklagte gibt zu, die Verordnung zwar gekannt zu haben, er habe sich aber für berechtigt gehalten, die Genehmigung nicht nachzusuchen, da es sich nur um eine Sitzung der Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins, aber nicht um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragt mit Rücksicht auf die große Zahl der Teilnehmer, bei der es sich nicht um eine Sitzung, sondern um eine Versammlung gehandelt habe, die der Genehmigung bedurft hätte, 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Haft. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, führt aus, daß es sich um eine Sitzung gehandelt habe. Die Verordnung des Kommandierenden Generals setze nur die Paragraphen des Vereinsgesetzes außer Kraft, die sich auf öffentliche Versammlungen beziehen. Der Satz 2 des ersten Absatzes des § 1 sei nicht außer Kraft gesetzt, nach dieser Vorschrift unterliegen aber geschlossene Versammlungen nicht der Anmeldepflicht, deshalb sei es auch nicht erforderlich, unter dem Kriegszustand ihre Genehmigung nachzusuchen. Die spätere Bekanntmachung des Polizeipräsidenten habe keine gesetzliche Gültigkeit, da nur der Kommandierende General berechtigt sei, Verfügungen zu erlassen. Die Freisprechung des Angeklagten sei geboten. Das Gericht schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung. (x)

Aus aller Welt.

Eine Gemeinheit.

Wiederholt sind schon Klagen aus dem Felde gekommen, daß den Kriegern als „Liebesgaben" Zigarren von einer so üblen Sorte überreicht worden seien, die auch nicht den bescheidensten Raucher zufriedenstellen konnten. Die Schuld lag natürlich nicht an den Sendern, die in vielen Fällen für den gewöhnlichen Dreck — einen anderen Ausdruck kann man zutreffend gar nicht dafür anwenden — sogar ganz anständige Preise gezahlt haben mögen. Vielmehr gab es auch hier gewissenlose Händler genug, die nur an ihren Geldbeutel, nicht aber an die Erleichterung des Kriegerdaseins dachten. Wie weit die Gemeinheit einer solchen Krämerseele gehen kann, zeigt folgender Notschrei aus dem Felde, der kürzlich dem „Oberschlesischen Anzeiger" zuging:

„Von der Kompagnie sowohl wie auch als Liebesgabe erhielten einige Kameraden mit Stroh gefüllte Zigarren, von denen wir der Redaktion zwei Proben zusenden. Wir bitten die Redaktion, diesen gemeinen Betrug, den man an Feldsoldaten übt, in gebührender Weise zu veröffentlichen. Wir wollen uns in Zukunft möglichst bald an die Absender der Liebesgaben wenden, um den Namen des gemeinen Lumpen zu erfahren, der derartige Zigarren anfertigen läßt oder verkauft."

Dem Briefe lagen zwei „Zigarren" bei: in ein starkes Umblatt ist eine größere Anzahl starker, fingerlanger Strohhalme gewickelt, sonst enthält die Einlage nicht ein Blättchen Tabak. Gegen solchen gemeinen Schwindel gibt es nur ein Mittel: Den Zigarrenlieferanten müßte vorgeschrieben werden, ihre Firma auf jeder Kiste oder jedem Paketchen zu führen, damit sie gleich gefaßt werden könnten. (x)

Von der eigenen Mutter ermordet. In der Dresdener Heide wurde die stark verweste Leiche eines etwa sechsjährigen Knaben gefunden. Er ist, wie jetzt festgestellt werden konnte, von seiner eigenen Mutter, einer Wirtschafterin Alma Gr., schon im November ermordet worden. Die Mutter befindet sich in Haft.

Explosion eines Granatzünders. Im Hofe der Pionierkaserne in München wurden durch Explosion eines Granatzünders ein Soldat getötet, zwei schwer und zwei leicht verletzt.

Geständnis eines Mörders. Aus Stargard i. Pomm. wird gemeldet: Der Mörder der Frau v. Alvensleben in Dölitz, der 18jährige Knecht Henning, der sich im hiesigen Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befindet, hat den Mord eingestanden.

In der Kürze liegt die Würze. Sparsamkeit im Papierverbrauch wird jetzt in einem gemeinsamen Ministerialerlaß den Behörden dringend ans Herz gelegt. Infolge des Krieges sind die Bestände verschiedener Rohstoffe, die bei der Herstellung von Papier Verwendung finden, knapp geworden. Der Erlaß verpflichtet daher die Behörden, sowohl im inneren amtlichen Schriftwechsel als bei Bekanntmachungen sich der größten Kürze des Ausdrucks zu befleißigen und alle überflüssigen Worte zu vermeiden. Nichtssagende Eingänge: „Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht", entbehrliche Uebergänge: „Im übrigen nehme ich Veranlassung", überflüssige Schlußbemerkungen: „Vorstehendes wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht", sollen fortfallen. Auch die Amtsblätter der Regierung sollen, so weit wie möglich, eine Beschränkung ihres räumlichen Inhalts durch Ausschaltung überflüssigen Abdrucks von Verordnungen usw. herbeiführen. Vor allem: der bekannte Amtsstil, dem im Frieden keiner an den Kragen konnte, muß sich während des Krieges im Interesse der Papiersparnis eine ihm recht bekömmliche Maßregelung gefallen lassen.

Turnverein „Fichte". 4. Schülerinnen- und 6. Schüler-Abteilung. Sonntag, den 2. April, in den Comenius-Festsälen, Memeler Str. 67: Schulabschiedsfeier verbunden mit Lichtbildervortrag. Wanderbilder aus der Uckermark, der Insel Rügen und „In der Junimacht", zum Besten der Feldgrauen der 10. Männer-Abteilung der Jugendkasse des Vereins.

Parteiveranstaltungen.

Vorstadt-Wittenau. Die Handzettelverbreitung zur Gemeindevertreterwahl findet heute abend 8 Uhr, für Wittestraße und Charlottenburger Straße von Bethwell und für Wittenau von Wittchow aus statt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Pankow. Dienstag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. Etatsberatung.

Steglitz. Mittwoch, den 29. März, abends 6 Uhr.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV.** Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

W. B. 7. Die Gemeinde kann nicht verpflichtet werden, den Mietszuschuß in bisheriger Höhe weiter zu zahlen, da Ihre Frau Einkommen aus der Beschäftigung hat. Der Wirt könnte wegen der Mietsschuld Klage erheben. — **Minderheit 20.** 1. Sie erhalten darauf keinen Bescheid. Die Kosten werden auf keinen Fall niedergeschlagen. Es wird jedenfalls gegen Sie in den nächsten Tagen zur Pfändung geschritten werden. 2. Eine Anfrage ist nicht notwendig. Sie müssen auf Bescheid vom Versicherungsamt warten. — **E. K. 25.** Wenn der Verlobte grundlos vom Verlöbnis zurückgetreten ist, so verliert er das Anrecht auf seine Geschenke. Er muß sogar die erhaltenen Geschenke noch zurückgeben. — **E. O. 30.** Wenn Sie selbst das Anstellungsverhältnis gelöst haben, haben Sie keinen Anspruch auf Nachzahlung. — **Shampoonierkessel.** Sie müssen den Bescheid abwarten. Der Kessel wird Ihnen in diesem Falle sicher freigegeben werden. — **J. 99.** Sie sind zur Räumung der Wohnung bis zum 4. April abends verpflichtet, müssen aber schon am Sonnabend, den 1. April, ein Zimmer vollständig geräumt haben, um es dem nachfolgenden Mieter zur Verfügung zu stellen. — **A. W. 100.** Sie sind zur Zahlung der Versicherung verpflichtet. — **A. T. 20.** Sie müssen Stundung der Steuer beantragen und eventuell sich mit einer Beschwerde an den Vorsitzenden der Einkommensteuerkommission wenden. — **Charlottenburg.** Nein — **G. 75.** Der Wirt kann nicht verpflichtet werden zur Zahlung einer Entschädigung. Da aber der Stall und die Laube Ihr Eigentum sind, können Sie beide abreißen. — **Gertrud.** 1. Verjährung tritt erst nach drei Jahren ein. 2. Nein. 3. Es würde sich empfehlen, von ihm eine Entscheidung jetzt schon herbeizuführen und Klage nach Kriegsbeendigung bezw. seiner Entlassung aus dem Heeresdienst anzustrengen. — **R. S. 99.** 1. 7,50 M. monatlich. 2. Ja. — **P. A. 19.** 1. Diese Verordnung datiert erst vom 3. Dezember 1914. 2. Ja. 3. Zunächst an die Krankenkasse, bei der der Ehemann Mitglied war. 4. Ja, und zwar ein einmaliger Betrag zu den Kosten der Entbindung von 25 M., ein Wochengeld von 1 M. täglich sechs Wochen lang, eine Beihilfe von 10 M. für Hebammendienste und ein Stillgeld von 50 Pf. täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung. — **E. S. 5.** Das ist auch in Kriegszeiten nicht anders. Kirchensteuern sind nur zu zahlen für das Jahr, in dem der Austritt erfolgt ist und für das nächstfolgende Jahr. Es handelt sich in diesem Falle jedenfalls um restierende Steuern. — **A. W. 6.** 1. Nein. 2. In der Hauptsache Ehebruch und böswilliges Verlassen. 3. In diesem Falle der Frau. Das muß in der Scheidungsklage besonders beantragt werden. 4. Ja. — **M. T. 29.** Beantragen Sie die Weitergewährung der Unterstützung bei der zuständigen Steuerkasse. — **J. 9.** Ja.

Eingegangene Druckschriften.

Jugend und Heimat. Erinnerungen eines Fünfzigjährigen. Papp. 1,80 M. W. Langewiesche-Brandt, Ebenhausen/München.

Kurland und die Tünafront. Von Fr. Wertheimer. 141 S. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands. Von A. Freiherrn von Engelhardt. 3 M., geb. 4 M. G. Müller, München.

Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 69—71. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W 57.

Versorgungsansprüche. Von O. Ottsen. 80 Pf. H. Gesenius, Halle a. S.

Flandern vom südlichen Zwange befreit. Von J. D. Domela Nieuwenhuis, Rijsgaard. 80 S. Interimsverlag, Leipzig.

Volksernährung. Massenspeisung. Verhandlungen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Brosch. 1 M. L. Simion Nachf., Berlin W 57.

Die finanzielle Kraftentfaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Von Dr. E. Hantos. 80 Pf. E. Strache, Warnsdorf in Böhmen.

Von der weltkulturellen Bedeutung und Aufgabe des Judentums. Von N. Goldmann. (Weltkultur und Weltp. Nr. 8.) 1 M. F. Bruckmann, München.

Horns Ring. Roman von O. Flake. 4 M., geb. 5 M. S. Fischer, Berlin, Bülowstr. 90.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ziemlich mild, vielfach heiter, aber sehr veränderlich, mit öfter wiederholten, meist geringen Regen- oder Graupelschauern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 20

Branchen-Versammlungen.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 29. März, abends 8 Uhr,
bei **Krugmann, Kleine Andreasstr. 10,** am Andreasplatz.

Tagesordnung:
1. **Bericht von der Generalversammlung.**
2. Die Antwort unserer Zentralkommission.
3. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 30. März 1916, abends 8½ Uhr,
im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:
1. **Verbands- und Branchenangelegenheiten.**
2. **Bericht von der Generalversammlung.**

Vertrauensmänner-Versammlung Korbmacher.

Mittwoch, den 29. März, abends 8½ Uhr, bei **Krause,**
Mariannenplatz 8, **Park-Hallen-Restaurant.**

Achtung!

Die Zahlstelle 74 in Tempelhof wird von Berliner Str. 85/86 nach Berliner Str. 83 zu Witwe Krüger verlegt.
84/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83–85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9—1 und von 4—7 Uhr.

Mittwoch, den 29. März 1916, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen

im **Dresdener Garten,** Dresdener Str. 45.

Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 30. März 1916, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Elektromonteure und Helfer Groß-Berlins

in den **Musiker-Festsälen,** Kaiser-Wilhelm-Str. 31
(Hochzeitssaal).

Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenleiters, der Agitationskommission und der Revisoren. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Ganz besonders sind die Kollegen der Firmen **A. E. G., St. E. W., Siemens, Mix & Genest, Zwietusch, Deutsche Telephon-Werke** usw. eingeladen. — Aufnahmen und Beiträge werden entgegengenommen.
114/9 **Die Ortsverwaltung.**

Gute Bücher

zu herabgesetzten Preisen, soweit der Vorrat reicht, liefert die

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Brausewetter, C., Meisternovellen deutscher Frauen. Mit Charakteristiken der Verfasserinnen und ihren Porträts. 2 Bde. Gebd. statt M. 14,— für M. 7,—

Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Ball. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50

Preczang, Ernst, Die Glücksbude. Statt M. 2,— für M. —,50.

Tolstoj, L., Reife Aehren. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50

Wedde, Johannes, Gedichte. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50

Wereschtschagin, W., Russische Volkstypen. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50

Wehle, J. H., Das Toleranz-Buch. Aufsätze und Aussprüche über die Freiheit der Meinungsäußerung aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50

Lewes, G. H., Goethes Leben und Werke. 2 Bde. Gebd. statt M. 6,— für M. 3,—
Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.

Außerdem empfehlen wir eine Anzahl guter Romane in Broschürenform zu je M. —,50.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.